

„Verbriefungsplattformen für den Mittelstand“

- Verbriefung als Finanzierungsform bald als feste Größe in der Bilanzstruktur mittelständischer Unternehmen? -

eingereicht als Wettbewerbsbeitrag für den
Postbank Finance Award 2006
zum Thema

"Neue Wege für das deutsche Bankensystem?"

Eingereicht von:

VWL-Studenten:
Ingmar Tripunovic
Hagen-Holger Apel

BWL-Studenten:
Tieu Ky Luu

Referent:

Prof. Dr. Bernd Rudolph
Institut für Kapitalmarktforschung und
Finanzierung
Fakultät Betriebswirtschaftslehre
Ludwig-Maximilians-Universität München

München, der 17. März 2006

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	IV
1 Einleitung und Gang der Untersuchung	1
2 Das Deutsche 3-Säulen Bankensystem – ein traditionell bank-basiertes Finanzsystem	3
3 Das deutsche Bankensystem	11
3.1 Determinanten des deutschen Bankensystems	11
3.1.1 Ordnungspolitische Strukturen.....	11
3.1.2 Regulatorische Vorschriften.....	13
3.1.3 Europäische Finanzmarktintegration.....	14
3.1.4 Ertragssituation und mögliche Ursachen.....	18
3.2 Die Rolle der deutschen Banken im internationalen Umfeld mit Blick auf Italien, Schweden und Spanien.....	19
4 Die Anforderungen an ein Bankensystem.....	24
5 Das Modell der Impulsmatrix	31
5.1 Ertragsprobleme der deutschen Banken - eine Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Ziels der Finanzstabilität?	33
5.2 Eigenkapitalrentabilität	34
5.3 Der neue Baseler Akkord (Basel II).....	39
6 Neuausrichtung der Betrachtung von Mittelstandsrisiken	44
7 Asset-Backed Securitisation – die Finanzierungsalternative für den Mittelstand	45
8 Zusammenfassung und Fazit.....	49
Literaturverzeichnis.....	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	-	Bankenstruktur in Deutschland	S. 3
Abbildung 2.2	-	Das Drei-Säulen Modell.....	S. 4
Abbildung 2.3	-	Zweigstellenentwicklung	S. 9
Abbildung 3.1.3.1	-	Umlauf Corporate Bonds	S. 15
Abbildung 3.1.3.2	-	Preise Bankdienstleistungen	S. 16
Abbildung 4.1	-	Syndizierte Kredite	S. 25
Abbildung 4.2	-	Ausfallwahrscheinlichkeiten Kredite	S. 26
Abbildung 4.3	-	Forderungsverluste	S. 26
Abbildung 4.4	-	Kreditvergabe & Einzelwertberichtigungen	S. 29
Abbildung 5.1	-	Die Impulsmatrix	S. 31
Abbildung 5.2.1	-	Die Entwicklung der Eigenkapitalrendite	S. 35
Abbildung 5.2.2	-	Bewertungsvergleich 2004	S. 38
Abbildung 5.3.1	-	Eigenschaften und Ansätze BASEL II	S. 42
Abbildung 5.3.2	-	Unternehmensfinanzierung	S. 43
Abbildung 7.1	-	PREPS® Verbriefungsplattform	S. 48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1	-	Zielsetzung und Haftung	S. 5
Tabelle 2.2	-	Bankstellenbericht 2005	S. 10
Tabelle 5.3.1	-	Bonitätsbeurteilung und Risikogewichte	S. 40
Tabelle 5.3.2	-	Eigenkapitalhinterlegung bei Banken	S. 44

1 Einleitung und Gang der Untersuchung

Das deutsche Bankensystem hatte in den letzten Jahren einige Krisen zu bewältigen, was bei vielen Banken erkennbare Spuren hinterließ. Die meisten Banken haben seither eine unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Ausgehend von einem Börsenboom Ende der 90er Jahre und einem Zusammenbruch der Aktienmärkte im Jahre 2000 treten heute Mängel und Schwachstellen zutage, die bis dahin sorglos hingenommen wurden und kaum eine Beachtung fanden. Hinzu kommt eine öffentliche Diskussion über das Verhalten einiger Großbanken in Deutschland, die neben der Mitteilung eines Rekordergebnisses die Streichung von etlichen Arbeitsstellen verkünden. Mehr denn je stehen Banken unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit. Die Medien nutzen das Auftreten einiger Manager für gezielte persönliche Angriffe. Die Auswirkungen bekommen die Banken in einem umkämpften Markt, der in den letzten Jahren allerdings auch von fehlender Strategie, falschen Entscheidungen und zunehmender Konkurrenz gekennzeichnet ist, in einem bisher ungewohnten Ausmaß zu spüren. Laut Professor Wernhard Möschel von Universität Tübingen, kann das "überkommene Dreisäulensystem bei allen Verdiensten in der Vergangenheit kein zukunftsfähiges Modell für die deutsche Kreditwirtschaft sein. Insbesondere ist ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Verzerrung der deutschen Marktstrukturen durch die öffentlich-rechtliche Dominanz weit mehr als fraglich. Seiner Meinung nach wäre eine Entstaatlichung und eine auf diese Weise ermöglichte gruppenübergreifende Konsolidierung des deutschen Bankensektors geboten.¹ Der Internationale Währungsfonds hat in diesem Zusammenhang die – kontrovers diskutierte – These aufgestellt, dass die Ertragsschwäche aus der Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankensystems resultiert, mit welcher allokativen Ineffizienzen in Form einer Verschwendung von Ressourcen verbunden seien. Thomas Fischer, Vorstandsvorsitzender der WestLB, Deutschlands größte Landesbank, sagte dem Magazin *The Banker*, dass er weiterhin der Ansicht ist, dass drei bis vier Banken für den Markt ausreichend sind.

¹ Vgl. dazu die zur Diskussion gestellten Artikel „Drei-Säulen-Modell: Gibt es Reformbedarf im deutschen Bankensektor?“ und „Nachtrag: Reformbedarf des deutschen Bankensektors“ des ifo-Schnelldienst mit der Nr. 14/2005 bzw. 23/2005.

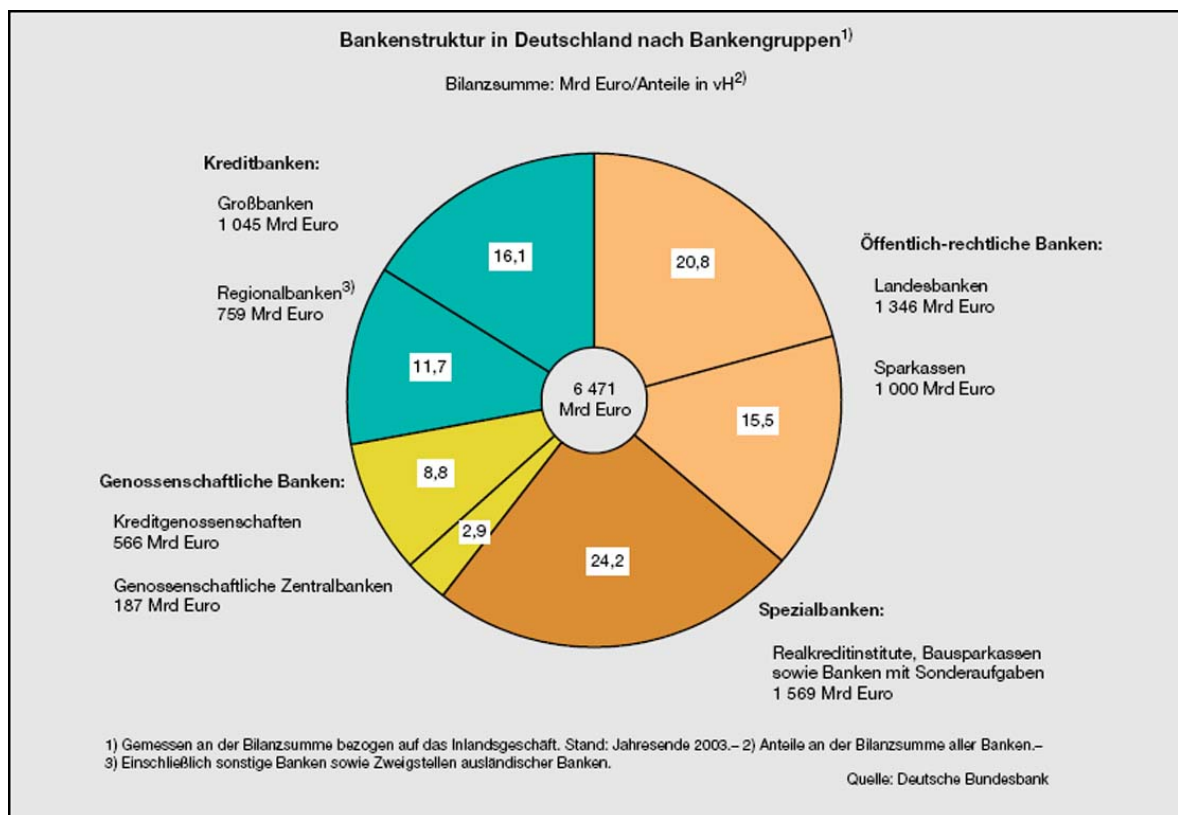
Für Professor Ekkehard Wenger von der Universität Würzburg steht das Drei-Säulen-Modell jedoch "nicht im Zentrum des Reformbedarfs". So plädiert beispielsweise Dr. Dietrich H. Hoppenstedt, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, für eine starke Sparkassen-Finanzgruppe, denn nur so ist "die Stärkung des deutschen Bankenmarktes möglich. Jetzt muss es darum gehen, die Sparkassen-Finanzgruppe noch stärker zusammenzuführen, nicht zu fragmentieren." Unterstützung erhalten seine Ansichten durch Professor Bernd Rudolph von der Universität München, indem er den öffentlich-rechtlichen Charakter der Sparkassen und die Bedeutung des Regionalprinzips, das für die Sparkassen wie für den Genossenschaftsbereich gilt, unterstreicht. Zudem bescheinigt Alexander Dibelius, Deutschlandchef der Investmentbank Goldman Sachs, den deutschen Banken, weiterhin international wettbewerbsfähig zu sein, einfach deshalb weil Deutschland immer noch die drittgrößte Ökonomie der Welt darstellt.

Die vorliegende Arbeit beleuchtet zunächst die Besonderheiten des deutschen Bankensystems hinsichtlich seiner Struktur und der damit beabsichtigten volkswirtschaftlichen Zielerreichung und den gegebenenfalls daraus resultierenden betriebswirtschaftlichen Konsequenzen. Eine anschließende Strukturanalyse untersucht das deutsche Bankensystem im Hinblick auf die Robustheit und die Fähigkeit, exogene Schocks zu absorbieren. Zudem befasst sich die Analyse mit der Frage, inwieweit das deutsche Bankensystem selbst in der Lage ist, Impulse freizusetzen, um eine Anpassung an veränderte Wettbewerbsbedingungen vorzunehmen. Gesetzliche Rahmenbedingungen lassen jedoch das deutsche Bankensystem als ein starres Gefüge erscheinen, so dass es bei dem Versuch, das Gefüge aufzuweichen, vielfach notwendig erscheint, Impulse bewusst von außen zu setzen. Eine neutrale kritische Bewertung entwickelt Modelle und Visionen, um einen Weg für die Zukunft aufzuzeigen.

2 Das Deutsche 3-Säulen Bankensystem – ein traditionell bank-basiertes Finanzsystem

Das deutsche Finanz- und Bankensystem ist durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Erstens handelt es sich um ein bank-basiertes Finanzsystem, in dem sich Unternehmen und Private – im Gegensatz zu markt-basierten Systemen, wie sie zum Beispiel in Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu finden sind – zum größeren Teil über Bankkredite und weniger über den Kapitalmarkt finanzieren (Hausbankprinzip). Zweitens existieren drei Gruppen von Universalbanken, die sämtliche Bankgeschäfte betreiben (Drei-Säulen- Struktur). Dazu gehören private Geschäftsbanken, öffentlichrechtliche Banken (Sparkassen und Landesbanken) und Genossenschaftsbanken (Kreditgenossenschaften und genossenschaftliche Zentralbanken). Daneben existieren noch Spezialbanken. Die Abbildung 2.1 nimmt eine Differenzierung der deutschen Bankenstruktur nach Bankengruppen vor.

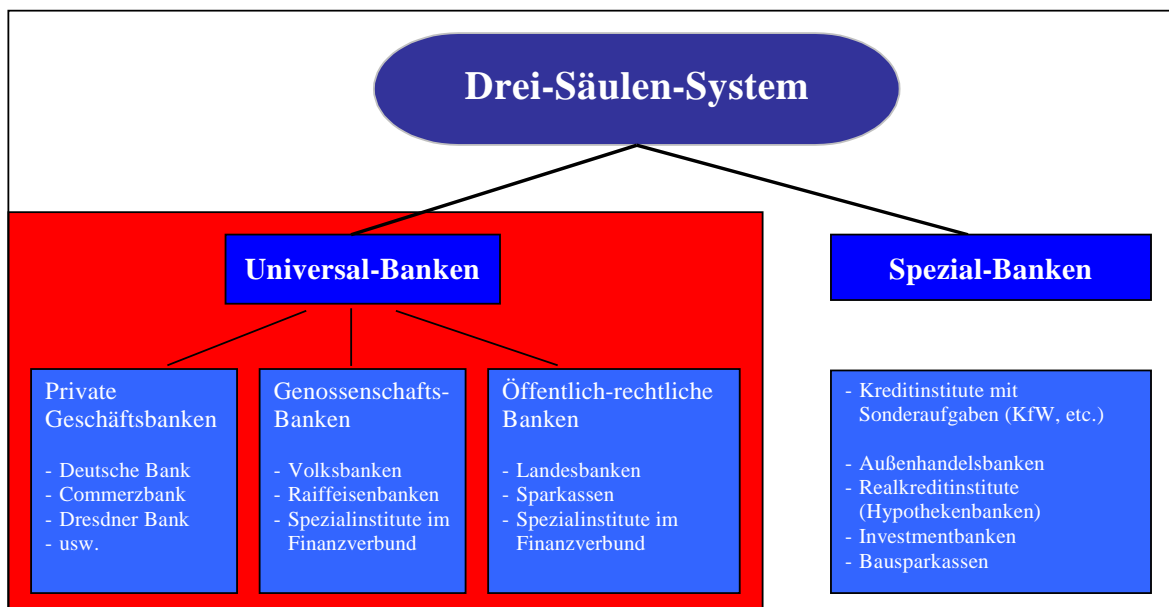
Abbildung 2.1



Quelle: Deutsche Bundesbank

Die Abbildung 2.1 hat eine Aufteilung nach 4 Bankengruppen vorgenommen, wobei die Gruppe der Spezialbanken sich abgrenzt von den Universalbanken, die mit den übrigen drei Bankengruppen private Geschäftsbanken, öffentlichrechtliche Banken und Genossenschaftsbanken (Kreditgenossenschaften und genossenschaftliche Zentralbanken) das eigentliche Dreisäulensystem repräsentieren. Spezialbanken sind definitionsgemäß Kreditinstitute, die nur einzelne Produkte des Bankgeschäftes anbieten, die in Deutschland durch das Kreditwesengesetz definiert sind. Üblicherweise spricht man hierbei im wesentlichen von Realkreditinstituten, Investmentbanken und Bausparkassen. Bei einer erweiterten und zutreffenderen Definition handelt es sich zudem um Kreditinstitute mit Sonderaufgaben in öffentlicher und privater Rechtsform.² Diese Institute nehmen insbesondere strukturpolitische Aufgaben im gesamtwirtschaftlichen Interesse wahr, indem beispielsweise der Mittelstand in peripheren Regionen, der Wohnungsbau, die Land- und Forstwirtschaft oder der Umweltschutz gefördert wird. Im deutschsprachigen Raum sind jedoch häufiger Universalbanken mit ihrem Angebot der gesamten Leistungspalette anzutreffen, wohingegen im angloamerikanischen Rechtsgebiet Spezialbanken üblich sind. Der Begriff Dreisäulenmodell bezieht sich typischerweise nur auf die eigentumsrechtliche Zuordnung der Universalbanken, weshalb die vorliegende Arbeit die Betrachtung der Spezialbanken ausblendet (vgl. dazu Abbildung 2.2).

Abbildung 2.2



Quelle: Eigene Darstellung.

² Laut dem Jahresgutachten der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BaFin) für das Jahr 1999 wurden insgesamt 16 Kreditinstitute mit Sonderaufgaben beaufsichtigt.

Die Strukturen des Dreisäulensystems sind historisch bedingt. Der Gedanke der Gemeinwohlförderung durch öffentlich-rechtliche Banken sowie durch Mitgliederförderungen, wie es etwa bei Genossenschaftsbanken der Fall ist, wuchs im 19. Jahrhundert. Der Fürsorgegedanke der öffentlichen Hand hatte die Schaffung der Sparkassen zufolge und der Existenz der Genossenschaften lag der Selbsthilfegedanke zugrunde. Die unterschiedlichen zugrunde liegenden Gedanken bei den Instituten resultieren in unterschiedlichen Zielsetzungen. So orientieren sich private Banken prinzipiell an der Gewinnmaximierung bzw. Eigenkapitalmaximierung, wohingegen die Genossenschaftsbanken das Ziel verfolgen, den Erwerb ihrer „Genossen“ und deren Ziele zu fördern. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute unterliegen überwiegend politisch motivierte Zielen und öffentlichen Aufgaben (vgl. dazu 3.1.1). Eine deutsche Besonderheit ist das für ein Industrieland relativ hohe Gewicht öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute; Sparkassen und Landesbanken verfügen über knapp 40 % an den gesamten Bankaktiva (DIW Berlin, S. 18, 2004). Ein weiteres entscheidendes Merkmal bei der Abgrenzung ist die Haftung, d.h. die Tatsache, ob ein Institut dem Insolvenzrisiko ausgesetzt ist und wer im Falle der Insolvenz in Haftung genommen werden kann. Es ergeben sich innerhalb des Dreisäulensystems ungleiche Haftungsgrundlagen, die somit inkongruente Spielregeln für die einzelnen Bankengruppen darstellen. Die folgende Tabelle 2.1 gibt einen Überblick darüber, welche wesentlichen Unterschiede bezogen auf die Zielsetzung und die Haftung bestehen.

Tabelle 2.1

	Zielsetzung	Haftung
Private Banken	Sharholder Value / Gewinnmaximierung	Rechtsformabhängige privatwirtschaftliche Haftung
Öffentlich-rechtliche Banken	Politische Ziele wie Förderung der Vermögensbildung, des Sparsinns, der Finanzierung von KMUs, etc.	Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bis 2005; ab 2005 rechtsformabhängige privatwirtschaftliche Haftung (Ausnahmen: z.Bsp. KfW-Bank)
Genossenschaftsbanken	Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder	Solidarhaftung bei Nachschusspflicht der Mitglieder

Quelle: Eigene Darstellung.

Private Geschäftsbanken sind in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert und haben einen Marktanteil von ca. 16% - gemessen an der

Bilanzsumme. Der Sektor privater Geschäftsbanken lässt sich in die Gruppen Großbanken, Regionalbanken, sonstige Banken (inkl. Privatbanken und Postbank AG) sowie ausländische Banken untergliedern. Wie die Passivseite der Bilanzen von Großbanken zeigt, refinanzieren sich diese zu einem großen Teil durch Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken. Dies bedeutet allgemein höhere Refinanzierungskosten, da Verbindlichkeiten gegenüber Banken teurer sind als Kundeneinlagen. Als Großbank werden die privaten Kreditinstitute eines Landes bezeichnet, die ihre Dienstleistungen in Filialen/Zweigstellen nicht nur landesweit anbieten, sondern auch im Auslandsgeschäft tätig sind. Zu den privaten Geschäftsbanken zählen u.a. die vier größten privaten Kreditinstitute Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und HypoVereinsbank, die Mitte Juni 2005 wurde die HVB für etwa 20 Mrd. EUR von der Mailänder Großbank UniCredit übernommen, die seitdem 93,93% der Anteile hält. Sie stellen das Schwergewicht der Privaten Gruppe dar. Ein wesentliches Merkmal der Großbanken besteht darin, dass sie auch im Auslandsgeschäft tätig sind. In einigen Statistiken wird auch die Deutsche Postbank mit in die Riege der Großbanken aufgenommen.

Der öffentlich-rechtliche Sektor beinhaltet die Sparkassen sowie die Landesbanken deren Anteil am Gesamtmarkt sich in Deutschland auf mehr als ein Drittel beziffert. Die Geschäftspolitik der Sparkassen ist nicht ausschließlich auf Gewinnerzielung orientiert sondern verfolgt und erfüllt einen öffentlichen Auftrag der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft. Hier ist zu nennen, dass insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen als Zielgruppe genannt sind. Sparkassen verstehen sich also als regionale Anbieter, da sie außerhalb des Verantwortungsbereiches des jeweiligen öffentlichen Trägers keine Geschäfte tätigen sollen. Die Aktionsfelder der Sparkassen werden nach dem Regionalprinzip definiert. Dies bedeutet, dass das Aktionsfeld (Geschäftsgebiet) das Gebiet des jeweiligen kommunalen Gewährträgers umfasst (z.Bsp. Sparkasse München – Stadt München). Allerdings ist anzumerken, dass aufgrund der Verbundorganisation Vorteile zu realisieren sind. Die Landesbanken fungieren als Mutterorganisation der Sparkassen und unterstützen die Sparkassen bei Kapitalmarkttransaktionen, im Devisenhandel sowie bei Finanzierungen, die das Volumen einer einzelnen Sparkasse übersteigen. Im Gegensatz zu Private Geschäftsbanken nutzen Landesbanken zur

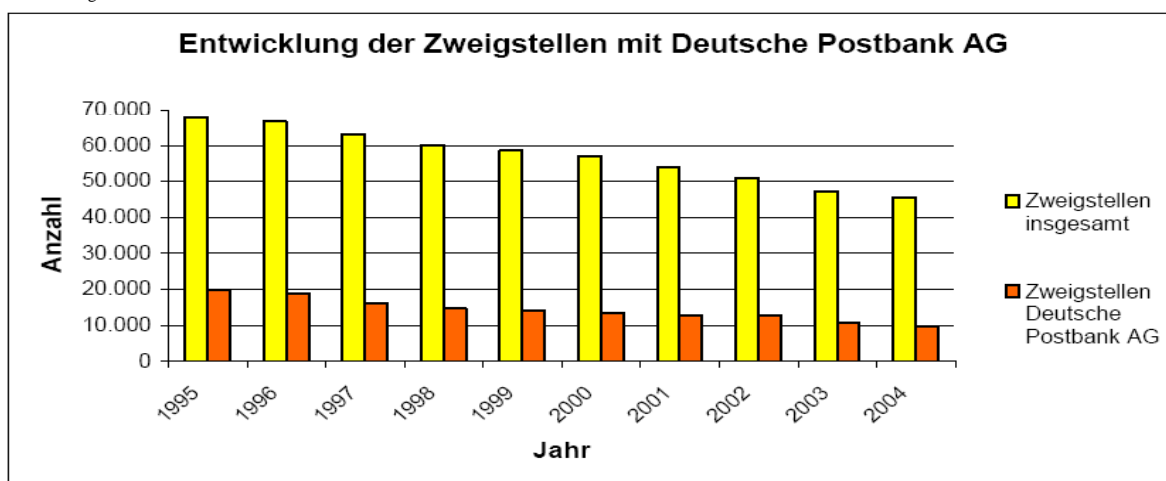
Refinanzierung verstärkt Inhaberschuldverschreibungen. Allerdings hat der EU-Harmonisierungsprozess für die zweite Säule bereits zu erheblichen Veränderungen geführt, indem es bedeutende Konsequenzen hinsichtlich der Modifizierung des Haftungssystems nach sich zog. Aufgrund einer Beschwerde der EU-Bankenvereinigung (1999) hat die Europäische Kommission die deutsche Regelung bzgl. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für öffentlich-rechtliche Institute geprüft und diese als nicht vereinbar mit den Prinzipien des gemeinsamen Marktes erklärt. Unter Anstaltslast versteht man die Verpflichtung eines Gewährträgers, in diesem Falle die öffentliche Hand, die wirtschaftliche Existenz der Anstalt zu gewährleisten, indem es den (Finanz-)Anstalten die nötigen finanziellen Mittel zur Aufgabenerfüllung bereitstellt. Die Gewährträgerhaftung beschreibt die Verpflichtung, eventuelle Verluste auszugleichen, die sich dann ergeben, wenn die Schulden einer öffentlich-rechtlichen Anstalt größer sind als ihr Vermögen und deshalb Forderungen nicht bedient werden können. Die Gewährträgerhaftung beinhaltet die Haftung einer Gebietskörperschaft der öffentlichen Hand, bei Insolvenz eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts die nicht aus der Haftungsmasse des Kreditinstituts gedeckten Ansprüche der Gläubiger zu befriedigen. Diese „staatliche Garantie“ hebt ein Wettbewerb unter gleicher Bedingung entscheidend aus. Deshalb musste bis Juli 2005 diese Regelung beseitigt werden und durch ein normales Verhältnis zwischen Eigentümer und Kreditinstitute ersetzt werden (Ausnahme für spezielle Banken wie KfW-Bank). Durch diese Regelung sind nun auch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute dem Insolvenzrisiko ausgesetzt, für das sie Vorsorge zu treffen haben. Mit der Abschaffung der Gewährträgerhaftung ist nicht absehbar, ob das Regionalprinzip weiterhin Anwendung finden wird. Das Regionalprinzip hängt entscheidend von den Aktivitäten der Landesbanken ab, die als Zentralbanken der Sparkassen operieren und dabei den Liquiditätsausgleich zwischen den Sparkassen übernehmen und den bargeldlosen Zahlungsverkehr mit den angeschlossenen Instituten abwickeln. Als unmittelbare Folge lässt sich bereits feststellen, dass sich mittlerweile die meisten Landesbanken aufgrund des Wegfalls der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung nun vermehrt in den für Großbanken typischen Geschäftsfeldern wie dem Investmentbanking bewegen. Dabei erfolgen die mit der veränderten Geschäftsausrichtung einhergehenden Umstrukturierungsmaßnahmen von Landesbanken bisher auf Basis zweier Modelle: Das

Aufspaltungsmodell und das Finanz-Holding Modell. Auf Basis des Aufspaltungsmodell werden aus einer Landesbank zwei rechtlich selbständige Institute gegründet. Zum einen wird eine Landesbank AG gegründet, die das operative Geschäft übernimmt. Zum andern wird eine Landesbank als Anstalt öffentlichen Rechts mit Gewährträgerhaftung und Anstaltslast als spezielles Förderinstitut ausgewiesen, damit die bisherige Förderfunktion unter einem eigenen Dach aufrechterhalten werden kann. Auf Basis des Finanz-Holding Modell hingegen wird eine Landesbank-Holding AG als Dachgesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung gegründet. Diese tritt als beliehener Anstaltsträger der Landesbank auf, die in Form der Anstalt öffentlichen Rechts ohne Gewährträgerhaftung und Anstaltslast fortgeführt wird. Die Modifikation wird zu weiteren Veränderungen im kommunalen Sparkassensektor und darüber hinaus bei den Landesbanken führen.

Die Genossenschaftsbanken gliedern sich ebenfalls in Institute auf örtlicher Ebene und zwei genossenschaftliche Zentralbanken mit Marktanteilen von 9 % beziehungsweise 3 %. Bei den genossenschaftliche Zentralbanken handelt es sich um die aus der Fusion von der GZ mit der DG Bank im Jahre 2001 hervorgegangen DZ Bank und der regional auf das Rheinland und Westfalen konzentrierten WGZ Bank. Der Liquiditätsausgleich innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes und die Refinanzierung gehören zu den Hauptaufgaben dieser Zentralinstitute. Zudem realisieren sie – ähnlich wie die Sparkassen – Skaleneffekte über dieses Verbundsystem. Es handelt sich um die Organisationsform einer Genossenschaft, das heißt, die Kunden sind über Anteilsscheine gleichzeitig Eigentümer der Bank. Aus historischen Gründen agieren sie gewöhnlich regional oder branchenspezifisch begrenzt und haben einen Auftrag zur Förderung ihrer in der Regel mittelständischen Mitglieder. Typischerweise sind die Genossenschaftsbanken, deren Zentralinstitute die DZ-Bank und die WGZ Bank sind, regional verankert. Spitzeninstitut (aus der Fusion von GZ- und DG Bank im Jahre 2001 hervorgegangen) ist DZ Bank. Die WGZ Bank ist regional auf das Rheinland und Westfalen konzentriert. Der Liquiditätsausgleich innerhalb des Verbunds und die Refinanzierung gehören zu den Hauptaufgaben dieser Zentralinstitute, Bei Privatkundengeschäft operieren Genossenschaftsbanken grundsätzlich vor Ort.

Das deutsche Bankensystem sorgt aufgrund der hohen Bankstellendichte und des Regionalprinzips für eine flächendeckende Bereitstellung von Bankdienstleistungen mit dem Ziel, die Kreditversorgung bestimmter Bevölkerungs- und/oder Unternehmensgruppen zu gewährleisten.³ In diesem Sinne geht die Funktion von Bankstellen deutlich über den Charakter von Verkaufsstellen hinaus (D'Alessio/ Oberbeck, 1995, S. 15-17). Strittig hierbei ist jedoch, ob andere Zugangskanäle mittels Online- und Telefonbanking und mittels geeigneter Selbstbedienungsterminals nicht den gleichen Grad der Versorgung sicherstellen können. Dietrich Hoppenstedt, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, behauptet, dass die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Banken in anderen Ländern zu einem Ausschluss bestimmter Gruppen, Bankdienstleistungen in Anspruch zu nehmen, geführt hat. Der italienische Markt erhebt mittlerweile Gebühren, die durchschnittlich fünfmal höher sind als in Deutschland. Laut dem Magazin „The Bankers“ schätzt die Europäische Kommission, dass in Italien 20% der Bevölkerung über kein Bankkonto verfügen und in Großbritannien 30% gegenwärtig keinen Kredit erhalten würden.⁴ Ohne Berücksichtigung der Postbank lag die Anzahl der deutschen Zweigstellen je 100 000 Einwohner im Jahr 2004 bei 44.⁵ Die folgende Abbildung 2.3 verdeutlicht anschaulich die Reduzierung der Zweigstellen im Laufe der letzten Jahre.

Abbildung 2.3



Quelle: Deutsche Bundesbank – Bankstellenbericht 2005

³ Bei den Bankstellen handelt es sich um rechtlich selbstständige Kreditinstitute und deren Zweigstellen

⁴ Vgl. dazu den Artikel: The other German struggle, The Bankers [5. Dezember 2005

⁵ Im Jahr 2003 kamen laut dem Bankstellenbericht 2005 der Deutschen Bundesbank auf 82,5 Mio. Einwohner 38.159 Bankstellen.

Im internationalen Vergleich von 12 Industrieländern liegt Deutschland an vierter Stelle hinter Österreich, Belgien und Italien sowie deutlich über dem Durchschnitt in Höhe von 39 Zweigstellen je 100 000 Einwohner (vgl. dazu die Tabelle 2.2⁶).

Tabelle 2.2

Land	Stand 12/02	Stand 12/03	Veränderung in %	Land	Stand 12/02	Stand 12/03	Veränderung in %
Schweden	4.569	4.700	- 2,9	Frankreich	2.340	2.384	- 1,9
Großbritannien	4.083	4.158	- 1,8	Deutschland	2.178	2.280	- 4,9
Niederlande	4.993	4.061	+ 18,7	Italien	1.946	1.906	+ 2,1
Japan	3.466	3.592	- 3,6	Kanada	2.207	2.199	+ 0,4
USA	2.916	2.995	- 2,7	Belgien	1.862	2.079	- 11,7
Schweiz	2.698	2.699	- 0,004	Österreich	1.503*	1.537*	- 2,3

Quelle: Deutsche Bundesbank – Bankstellenbericht 2005

Ein relativ engmaschig geknüpftes Filialnetz ist eine wichtige infrastrukturelle Vorbedingung für die Informationsgewinnung und –verarbeitung, indem es den Kreditinstituten eine Feinsteuerung des Anlage- und Kreditgeschäfts erlaubt, was in Ländern ohne ein entsprechendes Zweigstellennetz nicht in diesem Maße möglich ist. Eine wichtige Funktion kommt in diesem Prozess dem Personal zu. Die Mitarbeiter können aufgrund der größeren Nähe zum Kunden Entwicklungspotentiale besser einschätzen, wodurch ein möglicherweise notwendiger Innovationsprozess bei der Produktgestaltung schneller und passgenauer vollzogen werden kann, so Swen Hildebrandt in seinem Diskussionspapier über Lean Banking als Reorganisationsmuster aus dem Jahre 1999. In diesem Sinne geht die Funktion von Zweigstellen deutlich über den Charakter von Verkaufsstellen hinaus (D'Alessio/Oberbeck 1995: 15-17).

⁶ Die Angaben in der Tabelle geben die Anzahl der Personen wieder, die auf eine Bankstelle entfallen. Eine steigende Anzahl von Personen ist somit ein Indiz für eine abnehmende Bankstellendichte. Schweden weist mit 4.700 den höchsten Wert auf.

3 Das deutsche Bankensystem

3.1 Determinanten des deutschen Bankensystems

3.1.1 Ordnungspolitische Strukturen

Die ordnungspolitischen Strukturen werden im wesentlichen durch zwei Charakteristika geprägt. Zum einen sind die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse mit den daraus resultierenden unterschiedlichen Haftungsregelungen zu nennen, die mit dem zuvor ausführlich beschriebenen Begriff Dreisäulensystem greifbar gemacht werden. Zum anderen spielt die dominante Rolle des Staates eine nicht unerhebliche Rolle, wobei sie äußerst problematisch zu bewerten ist. Der Staat tritt als Akteur auf einem Markt auf, den er zugleich selbst reguliert. Diese ambivalente Rolle setzt den Staat der Versuchung aus, den fairen Wettbewerb auszuhebeln. Eine oft genannte Existenzbegründung für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute erfolgt auf politischer Ebene. Dabei werden die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute als politisch ausführende Akteure instrumentalisiert, um fiskalische Ziele zügig zu implementieren. Beispielsweise können so bestimmten Unternehmen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, die aufgrund einer ungünstigen Risikoeinschätzung anderer Kreditinstitute sonst über keine Finanzmittel verfügen. Schleifer und Vishny haben jedoch in einer Arbeit aus dem Jahre 1998 argumentiert, dass eine Kreditvergabe, die sich nicht an Effizienz- und Risikokriterien orientiert, zu gravierenden Ineffizienzen führt.

Darüber hinaus wird *Marktversagen* als eine weitere Existenzbegründung für staatliche Banken angeführt, so dass diese durch spezielle Förderprogramme soziale Wohlfahrtseffekte hervorbringen, die bei vollkommenem Wettbewerb privater Unternehmen, deren Ziel die Maximierung des Eigenkapitals ist, nicht gewährleistet werden kann. Den möglichen positiven Wohlfahrtseffekten stehen aber sogenannte Agency-Kosten gegenüber, die in der ambivalenten Rolle des Staates begründet sind und beispielsweise dadurch entstehen, dass die Entscheidung über die Vergabe von Krediten durch Korruption gekennzeichnet ist.

Dennoch hat der Staat zweifelsohne wichtige Aufgaben zu erfüllen. Die Ausgestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen etwa ist für den Staat von entscheidender Bedeutung, um beispielsweise die Erwartungen der Marktteilnehmer zu stabilisieren. Dieses Argument trifft vor allem auf Entwicklungsländer zu, wo staatlichen Kreditinstituten eine höhere Vertrauenswürdigkeit zugesprochen wird, dadurch dass Spielregeln eine gewisse Beständigkeit haben und eventuelle Neuerungen transparent und nachvollziehbar sind. Auf dieser Weise wird die private Ersparnisbildung gefördert, die für das Wachstum einer Volkswirtschaft unabdingbar ist (siehe Konvergenzkriterium des Solow-Wachstumsmodells). Die EU-Kommission hat durch die Modifikation von Anstaltslast und die Abschaffung von Gewährträgerhaftung neue Spielregeln für das deutsche Bankensystem geschaffen. Abgesehen von den ausgehandelten Übergangsfristen unterliegen die Kreditinstitute mittlerweile unabhängig von ihrer eigentumsrechtlichen Verankerung dem Insolvenzrisiko, was eine entscheidende ordnungspolitische Veränderung markiert. Bezüglich der zusätzlichen Kosten, die den öffentlich-rechtlichen Banken durch die genannten ordnungspolitischen Änderungen entstehen, lässt sich vermuten, dass diese bei den Sparkassen Mehrkosten vor allem im Rahmen ihrer Sicherungsfonds und bei den Landesbanken durch ein verändertes Rating entstehen werden. Zu nennen sind hier die regionalen Sparkassenstützungsfonds bzw. die Sicherungsreserve der Landesbanken. Man kann konstatieren, dass die neu eingeführte gesetzliche Einlagensicherung aufgrund der EG-Richtlinien zur Mindestharmonisierung der Einlagensicherung und Anlegerentschädigung lediglich eine Mindestsicherung im deutschen Sicherungssystem darstellt. In Deutschland werden die Sicherungssysteme weiterhin von privaten Sicherungseinrichtungen getragen.

Problematisch ist die Situation der Landesbanken zu sehen, die im Zuge der vergangenen und noch bevorstehenden Veränderungen ihre erstklassige Bonität vermutlich nicht weiter aufrecht erhalten werden können und mit einer Rating-Abstufung zu rechnen haben. Eine vom DIW Berlin durchgeführte Szenarienanalyse kommt zu dem Schluss, dass insbesondere die Landesbanken bislang relativ schlecht auf die bevorstehenden ordnungspolitischen Veränderungen vorbereitet sind (DIW, S.54, 2004).

3.1.2 Regulatorische Vorschriften

Neben dem Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast bei den Landesbanken und Sparkassen wird zwar ein Wettbewerb verzerrendes Element aus dem Markt genommen, allerdings ist dieser Schritt nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu einem harmonisierten und freien Markt.

Dies wird vor allem deutlich, wenn man sich die Struktur der Sparkassen in den einzelnen Ländern anschaut. In jedem deutschen Bundesland existieren Sparkassengesetze, welche die Eigentumsverhältnisse und die Aufgaben regeln. Es stellt sich die Frage, in wie weit die Struktur des Sparkassensektors ein Nachteil oder ein Vorteil für das gesamte Bankensystem sein könnte. Der Bericht des Internationalen Währungsfonds hat die Debatte über Reformen des öffentlich-rechtlichen Sektors zweifellos intensiviert. (Brunner et al., 2004) Befürworter von Reformen weisen auf die außerordentlich hohe Beteiligung der öffentlichen Hand hin und vermuten darin Effizienzverluste für das Gesamtsystem. Reformgegner verneinen solche Verluste und weisen darauf hin, dass der Sparkassensektor (zusammen mit den Kreditgenossenschaften) die höchste Rentabilität aller Bankengruppen aufweist.

Tatsache ist, dass es Regularien gibt, die in den Markt eingreifen. Bricht man diese Eingriffe runter auf die einzelne Sparkasse, so sieht man auch dort eine Wirkung. Gemeint ist das Regionalprinzip, welches eine starke Bindung der Sparkassen an ihre jeweilige Region bedeutet. Geschäfte über die Regionalgrenzen hinaus sollen demnach von den Sparkassen vermieden werden. Grundsätzlich spricht auch das Regionalprinzip nicht gegen eine Fusion oder einen Zusammenschluss einzelner Sparkassen. Gegen eine Fusion oder gar eine Veräußerung einer Sparkasse sprechen allerdings die Landesgesetzte der einzelnen Bundesländer. Aufsehen erregte der Fall einer ersten geplanten Veräußerung der Sparkasse Stralsund. In einigen Ländern ist jedoch, meistens aus der Finanznot heraus, Bewegung in die Sparkassengesetze gekommen. Veräußerungen an dritte sind zwar nach wie vor nicht möglich, allerdings erlauben einige Länder stille Teilhaber oder zumindest den Verkauf an andere im Bundesland ansässige Gewährträger.

Schwer einzuschätzen ist nach wie vor, wie stark diese Regeln den Markt behindern oder einen Wettbewerbsvorteil schaffen. Fusionen einzelner Sparkassen müssen nicht unbedingt höhere Gewinne bedeuten. Auch unklar ist, ob überhaupt eine Wettbewerbsverzerrung vorliegt und wenn ja, wie stark diese ist, denn Verbundstruktur sowie Regionalprinzip gelten zum Beispiel auch bei den Genossenschaftsbanken: Rating-Agenturen gehen jedoch davon aus, dass auch nach dem Wegfall der Staatsgarantien aufgrund der Eigentümergehörigkeiten Wettbewerbsvorteile bestehen bleiben.

In der volkswirtschaftlichen Analyse stellt sich nunmehr die Frage, in wie weit diese Regularien und Gesetze wohlfahrtsmindernd sind oder nicht. Tatsache ist, dass der Staat sich nur in schweren Fällen des Marktversagens einschalten sollte, allerdings kann man auf diesem Gebiet des Finanzsektors nicht von Marktversagen sprechen. Trotzdem liegt eine Regulierung über das wahrscheinlich normale Maß hinaus vor.

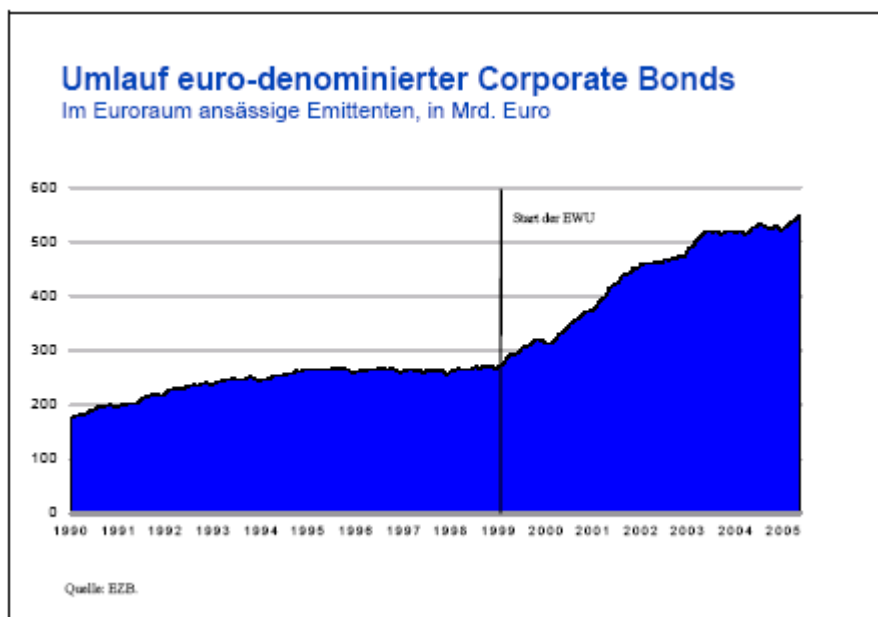
3.1.3 Europäische Finanzmarktintegration

Besonders im Jahr 2005 wurde deutlich, dass die europäische Integration nicht so leicht vonstatten geht, wie man es allgemein erwartet hatte. Vor allem zeigte sich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgrund mehrerer folgenloser Verstöße, seine disziplinierende Wirkung verloren hatte. Auch das Ablehnen einer gemeinsamen europäischen Verfassung in den Niederlanden und Frankreich ist nicht unbedingt positiv zu werten. Trotz negativer Beispiele aus dem Jahr 2005 ist bereits ein langer Weg zurückgelegt worden, begleitet von vielen positiven Faktoren.

Der wichtigste und folgenreichste Eingriff in den Markt dürfte sicherlich die Schaffung einer Währungsunion gewesen sein. Mit der Einführung des Euros entstand quasi über Nacht ein greifbarer europäischer Markt. Waren vorher eher politische Einigungen erzielt worden, entstand mit der Euro-Einführung für die europäischen Marktteilnehmer endlich ein wirklicher gemeinsamer Markt. Auch die Zinskonvergenz, die sich durch die Schaffung einer Währungsunion einstellte,

führte endlich zu einem großen und für alle Banken gleichen Markt mit gleicher Geldpolitik. Die Folge: Ein großer Liquiditätsschub, der die Märkte beflügelte.

Abbildung 3.1.3.1: Umlauf euro-denominierter Corporate Bonds

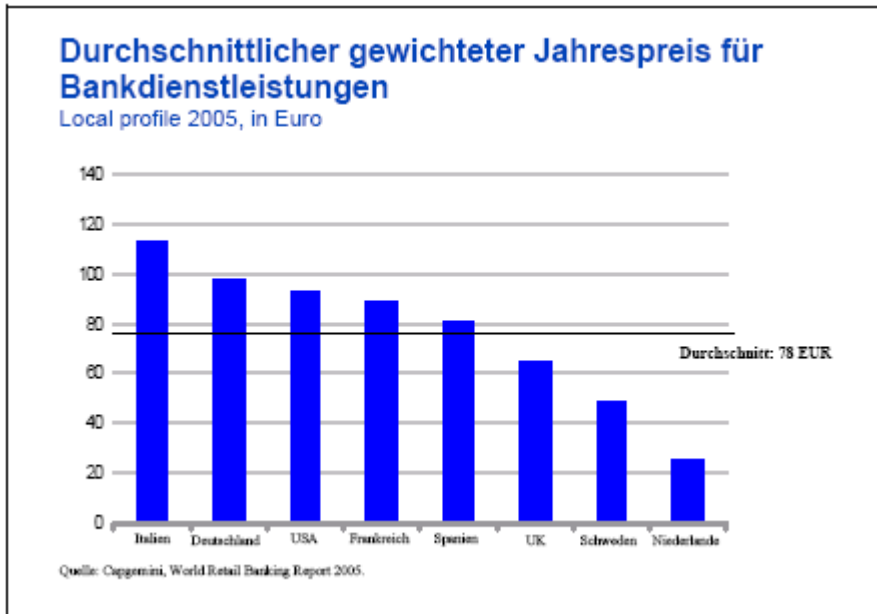


Quelle: Economic Research Allianz Group Dresdner Bank

In der Abbildung ist gut zu sehen, wie sich der Start der EWU auf die Emission europäischer Corporate Bonds auswirkte. Mit der Zinskonvergenz und damit einhergehenden sinkenden Kapitalkosten hat sich die Vorhersage positiver Wachstumswirkungen in diesem Segment erfüllt. Auch wenn dies nur ein Beispiel für eine positive Auswirkung ist, so ist trotzdem deutlich zu machen, dass eine vollends fertige europäische Finanzmarktintegration noch nicht erreicht ist. Allerdings kann man sagen, dass ein sich öffnender Markt von zunehmender Konkurrenz gekennzeichnet sein wird und die Teilnahme am europäischen Kreditmarkt in Zukunft weiter an Attraktivität gewinnen wird.

Ein anderes Bild zeichnet sich hingegen im europäischen Retailmarkt ab. Eine unvollständige Integration der Retailmärkte bedeutet, dass die Verbraucher nur indirekt von der gemeinsamen Währung profitieren – über die Wachstumseffekte, die mit der zunehmenden Integration der Kapitalmärkte einhergehen: Ein größerer und effizienter Markt verfügt über eine bessere Kapitalallokation, diese wiederum führt zu sinkenden Kapitalkosten. Direkte Effekte sind für den Verbraucher allerdings kaum zu spüren. Sinkende Preise für Finanzprodukte sowie einer größeren Produktvielfalt sind kaum zu bemerken.

Abbildung 3.1.3.2: Durchschnittlicher gewichteter Jahrespreis für Bankdienstleistungen



Quelle: Economic Research Allianz Group Dresdner Bank

Obige Abbildung zeigt diese Tatsache anhand der unterschiedlichen Preise für Bankdienstleistungen. Trotz nicht begrüßenswerter Tendenzen für Privatkunden kann man trotzdem von einer Öffnung der Märkte sprechen. Hier hat der Gesetzgeber durch regulatorische Massnahmen den Wettbewerb zwischen den Banken international verschärft und damit Marktimpulse gesetzt. Zu nennen sind hier vor allem folgende Eingriffe:

Der Financial Services Action Plan:

Der Financial Services Action Plan ist im Mai 1999 von der EU-Kommission verabschiedet worden und enthielt Vorschläge zur Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen. Die zentralen Ziele bestanden aus der Schaffung offener und sicherer Privatkundenmärkte, der Modernisierung der Aufsichtsregeln und dem Gewährleisten eines einheitlichen Firmenkundenmarktes.

Fast alle der 40 legislativen Maßnahmen sind bis Juni 2004 verabschiedet worden.

Das Lamfalussy Verfahren:

Benannt nach dem Vorsitzenden der so genannten Weisen-Gruppe soll das Lamfalussy-Verfahren eine rasche Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen

an aktuelle Entwicklungen im Finanzdienstleistungsbereich ermöglichen. Eine effektive Zusammenarbeit in der Finanzmarktaufsicht soll geschaffen und eine einheitlichere Umsetzung der Regularien in den Mitgliedsstaaten ermöglicht werden.

Verabschiedung von IFRS als Standard:

Ab dem Jahr 2005 müssen kapitalmarktorientierte Unternehmen ihren Jahresabschluss auf der Grundlage des IFRS-Standards erstellen.

Somit sind eine bessere Vergleichbarkeit und ein Benchmarking möglich.

Das Umsetzen von Basel II:

Das Ziel des neuen Basler Akkords ist eine – verglichen mit dem gültigen Basel I-Standard – differenziertere Verknüpfung von Kreditrisiko, Sicherheiten und Eigenkapitalunterlegung. Gleichzeitig werden gegenüber dem alten Basler Akkord im Durchschnitt unveränderte Eigenkapitalanforderungen an Banken in Höhe von 8% der Risikogewichteten Aktiva angestrebt. Eine international einheitliche Regelung soll zudem Wettbewerbsverzerrungen vorbeugen und Anreize für Kreditinstitute vermeiden, ihren Sitz in ein anderes Land wegen dort kostengünstigerer Auflagen der Bankenaufsicht zu verlagern.

Das Auslaufen der Staatsgarantien:

Das Auslaufen der Staatsgarantien betrifft die Landesbanken und Sparkassen und stellt eine Sondersituation für diese Bankengruppe dar. Es ist ein Schritt hin zu mehr Wettbewerb, vor allem zu einem offeneren Wettbewerb.

Neben diesen regulatorischen Neuerungen ist vor allem eine Annäherung bank-basierter und finanzmarkt-basierter Systeme zu erkennen. Zudem ist eine zunehmende Auflösung der Grenzen zwischen Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor zu beobachten. Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnik erleichtern den Zutritt neuer Akteure und erhöhen somit den internationalen Wettbewerbsdruck. Ferner ist bereits heute erkennbar, auf welchen Gebieten in den nächsten Jahren noch Veränderungen eintreten werden. Die Weiterentwicklung des europäischen Großbetragszahlungsverkehrssystems

TARGET2 sowie die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payment Area).

Zudem ist die Harmonisierung und Weiterentwicklung der europäischen Aufsichtsstrukturen zu erwarten. Für die Zukunft ist festzuhalten, dass trotz der Erfolge auf einigen Gebieten kein Stillstand eintreten sollte. International operierende Banken sollten national nicht behindert werden. Nationale Richtlinien sollten, und das wäre gängige Praxis, unter EU-Richtlinien gestellt werden. Allerdings ist festzustellen, dass dies nicht der Fall ist. Zu diesem Fazit gelangt auch Klaus Peter Müller, Sprecher des Vorstands der Commerzbank AG und Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, in seinen Thesen zur europäischen Finanzmarktintegration.

3.1.4 Ertragssituation und mögliche Ursachen

Ursachen der Ertragsschwäche sind vor allem in veränderten Marktbedingungen und im System selbst zu suchen und zu finden. Negative exogene Schocks und eine in Deutschland besonders hartnäckige konjunkturelle Schwäche waren und sind eine der Hauptanstrengungen des Bankensystems. Hinzu kommen Verhaltensänderungen der Kunden, die im Laufe der Zeit immer höhere Ansprüche an das Bankensystem stellen. Präferenzen wechseln aufgrund überzähliger Angebote sehr schnell. Der Wunsch nach Diversifizierung und höheren Renditen ist mit wachsendem Kapitalaufkommen gestiegen. Den Banken ist dadurch in den letzten Jahren eine sehr günstige Refinanzierungsquelle verloren gegangen, da Kunden sich nicht mit einer gering verzinsten Spareinlage zufrieden geben. Hinzu kommen eine steigende Anzahl von Anbietern wie Versicherungen und Fondsgesellschaften, die um die Gelder der Kunden werben. Ähnlich ist die Entwicklung bei Unternehmensfinanzierungen, eigentlich ein klassisches Geschäftsfeld der Banken, insbesondere der regional aktiven Sparkassen und Genossenschaftsbanken. In den letzten Jahren haben jedoch immer mehr Unternehmen eine andere Finanzierungsform gesucht und gefunden und somit den Druck auf inländische Banken erhöht. Der Zugang zum

internationalen Kapitalmarkt ist bei ausreichender Bonität inzwischen weniger problematisch als früher. Somit sind die Kapitalmarkttrenditen für Unternehmensanleihen zunehmend zur Messlatte der Konditionen für Banken geworden. Und im Zuge des Wegfalls kapitalmarktfähiger Kunden hat sich vor allem das Kreditportfolio der Banken verschlechtert.

Allgemein kann man von einer Emanzipation der Sparer und Unternehmen sprechen, eigentlich ein guter Effekt, denn das zeigt das Funktionieren des Kapitalmarktes und seine Effizienz. Nun stellt sich allerdings die Frage, warum andere europäische Banken flexibler und schneller auf die Veränderungen reagieren konnten und können. Als Ergebnis bleibt wieder ein Blick auf die Struktur des deutschen Systems mit dem Ergebnis, dass der im internationalen Vergleich zu hohe Staatsanteil gesenkt werden muss. Daneben gibt es aber auch einen verschärften internationalen Wettbewerbsdruck, der vor allem durch die zunehmend europäische Finanzmarktintegration entstand.

3.2 Die Rolle der deutschen Banken im internationalen Umfeld mit Blick auf Italien, Schweden und Spanien

"Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind klare Geschäftsmodelle erforderlich, die bei den Kunden einen spürbaren Mehrwert liefern", so Thomas R. Fischer vom Bundesverband öffentlicher Banken. Diese Einschätzung teilt auch Professor Wolfgang Gerke von der Universität Nürnberg-Erlangen, indem er die Schwierigkeiten verschiedener deutscher Banken primär auf eigene Managementfehler und nicht auf das Drei-Säulen-System zurückführt: "Fehldispositionen und falsche Strategien haben die deutschen Kreditinstitute in Krisensituationen geführt." In der Hochphase der Aktieneuphorie wurde das Privatkundengeschäft angefangen von der Deutschen Bank von vielen weiteren Banken sträflich vernachlässigt. Insbesondere die Großbanken lenkten verstärkt ihre Konzentration auf das Investmentbanking und den Wertpapierhandel, da diese Aktivitäten mehr Ertrag versprachen und für die Banker zudem reizvoller erschienen als in mühsamer Kleinarbeit begrenzt auf einen regionalen Privatkundenmarkt spärliche Renditen zu erwirtschaften. Dies beschreibt sehr gut

die damalige Haltung. Nachdem die Banken nach dem Platzen der Blasen an den weltweiten Aktienmärkten und der beginnenden Ernüchterung am Aktienmarkt, was u.a. das Ende des Marktsegments „Neuer Markt“ herbeiführte, hatte man begonnen, unter denkbar ungünstigen Bedingungen einer im Vergleich mit anderen Industrieländern ohnehin unterdurchschnittlichen Ertragssituation die Privatkunden wieder für sich zu gewinnen (The Bankers, 2005). Unter Berücksichtigung der relativ konstanten Verwaltungskosten ist die Aufwand-Ertrags-Relation der deutschen Banken in der Konsequenz seit Mitte der neunziger Jahre trendmäßig angestiegen. Entsprechend zeigt eine Studie des Internationalen Währungsfonds (Brunner et al., 2004), dass das deutsche Bankensystem vergleichsweise weniger an zu hohen Kosten als an einem Ertragsproblem leidet.

Die Umgestaltung der Bankenlandschaft Italiens ist eine wesentliche Folge der europäischen Finanz- und Währungsintegration und vollzog sich in einem schnellen Ausmaß. In erster Linie ist eine Trennung von staatlichen Stellen und Bankgesellschaften zu nennen, diesem Schritt folgte eine Privatisierung. Innerhalb von zehn Jahren nahm der Staatsanteil an Bankgeschäften von 68% auf 10% ab. Durch den Rückgang des Staatsanteils sind die Banken heute mit mehr Eigenkapital ausgestattet und zeichnen sich durch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit aus. Die Eigenkapitalrendite hat sich fast verdreifacht auf ca. 15% während die Aufwands/Ertragsrelation um 14% gesunken ist, was hauptsächlich durch eine Senkung des Verwaltungsaufwands erreicht worden ist. Im Gegensatz zu früher ist das italienische Kreditsystem heute sehr stabil, die risikogewichtete Eigenkapitalquote beläuft sich auf 11% und mit 4,5% einen niedrigen Anteil an Not leidenden Forderungen und Ausleihungen. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsbaustein ist die Schaffung von strukturierten und diversifizierten Organisationen gewesen, die sich in einer Trennung von Produktions- und Vertriebszentren zeigt. Hier wurde speziell auf Kundenbedürfnisse reagiert und es fand ein Ausbau der Vertriebskanäle statt. Internet- und Telefonbanking dienen als Ergänzung zum Bankschalter um das volle Potential auszuschöpfen. Als wichtigster Akteur in diesem Prozess ist sicherlich die UniCredito Italiano zu nennen, die sich parallel zur nationalen Entwicklung verstärkt im osteuropäischen Raum entwickelt hat.

Mehrheitsbeteiligungen und strategische Kooperationen sichern auf diesen neuen Märkten die Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kam eine Spezialisierung auf drei große Geschäftsfelder: Retailbanking, mittlere und große Firmenkunden sowie die Verwaltung von großen Privatvermögen. Diversifizierung und Spezialisierung sind also auch im italienischen Markt vorzufinden.

Schweden wird in der öffentlichen Diskussion über Sozialpolitik oftmals herangezogen und als Musterbeispiel bezeichnet. Auch in der Frage der Konsolidierung des Bankenwesens kann man einen Blick nach Schweden werfen. Schweden ist ein sehr weitläufiges aber im Verhältnis dazu bevölkerungsarmes Land mit einer Einwohnerzahl von ca. 9 Millionen Menschen. Im Gegensatz dazu finden sich in Schweden allerdings viele multinationale Unternehmen. Die Größe des Landes und die Anforderungen der Unternehmen an das schwedische Bankensystem haben zu einer ausgesprochenen Fortschrittlichkeit des schwedischen Bankensystems geführt. Schweden hat die höchste Marktdurchdringung beim E-Banking und beim Fonds- und Aktiensparen. Der Bankenmarkt Schwedens zeigt einen sehr hohen Konsolidierungsgrad und wird von vier Instituten dominiert, Die SEB, Svenska Handelsbanken, Nordea und die Förenings Sparbanken dominieren jeden Produktbereich. Diese Marktdominanz ist das Resultat eines längeren Konsolidierungsprozesses der sich insbesondere in den achtziger und neunziger Jahren vollführt hat und an Tempo gewonnen hat. Allerdings liegen die Anfänge der Konsolidierung noch weiter zurück. Ende der siebziger Jahre existierten ca. 600 Banken, 1995 hingegen nur noch aus vier Privatbanken, 91 Sparkassen (1 landesweites Institut, 90 kleine) und einer fusionierten Genossenschaftsbank. 1997 fusionierte die landesweite Sparkasse mit der Genossenschaftsbank, dadurch entstand die börsennotierte Förenings Sparbanken. Die Gründe der Konsolidierung in Schweden hatte für jeden Banktyp unterschiedliche Gründe. Privatbanken sahen sich mit einer durch die schwedische Aufsichtsbehörde anspruchsvoller werdenden Kapitalausstattungsanforderung konfrontiert. Hinzu kam das Wachstum der schwedischen Industrie und somit begann schon frühzeitig die Konsolidierungsphase durch Zusammenschlüsse im Privatbankensektor. Mit zunehmender Konzentration der Unternehmen wurde es für regionale Banken immer schwieriger, die Unternehmensanforderungen zu erfüllen, also war eine

Konsolidierung durch Fusionen und Übernahmen logisch und notwendig, um aus der Regionalität auszubrechen und den Unternehmen in die Zentren zu folgen. Die gesetzliche Deregulierung des Marktes, der Zutritt ausländischer Banken und die Aufhebung von Kreditausweitungsbeschränkungen sowie von Zinssatzbestimmungen führten zu einer Beschleunigung des Konzentrationsprozesses. Nach der Finanzkrise Anfang der 90er Jahre existierten nur noch vier Privatbanken. Die Sparkassen hingegen begannen ihre Konsolidierung später und aus anderen Gründen 1928 existierten in Schweden 498 Sparkassen, 1980 hingegen nur noch 64. Ähnlich wie in Deutschland die aktuelle Diskussion über Sparkassen geführt wird, fand dies in Schweden bereits in den achtziger Jahren statt. Die Sparkassen erkannten die Notwendigkeit gesteigerter Rentabilität und Effizienz um mit Privatbanken konkurrieren zu können. Die Fusion der Sparkassen in Stockholm und Göteborg waren der Beginn einer großen Konsolidierungsphase, in dem sich mehrere regionale Institute zusammenschlossen. Ende der achtziger Jahre erkannte man die Notwendigkeit internationaler Finanzierungen, und die föderativen Genossenschaftsstrukturen wurden in Frage gestellt. Erst am Beginn der neunziger Jahre ermöglichte ein Gesetz die Firmierung der Sparkassen als Aktiengesellschaft, Aktieninhaber waren die örtlichen Sparkassenstiftungen. Mit der Finanzkrise wurden persönliche Kapitalinteressen überwunden und mehrere regionale Institute schlossen sich der Sparbanken Sverige an, die 1995 erstmals an der Börse notierte und 75% des Geschäfts (Vermögenswerte) für sich in Anspruch nehmen kann. Die Genossenschaftsbanken waren von jeher örtlicher Natur. Um konkurrieren zu können fusionierten diese Banken letztlich 1992 zu einer landesweiten Bank, welche 1997 in der Förenings Sparbanken aufging. Schweden zeigt also einen extrem hohen Konsolidierungsgrad der sich auch durch eine Ausweitung des klassischen Bankgeschäfts auf Versicherungen und Spezialbanken auszeichnet. Nach der Analyse der Struktur stellt sich die Frage, warum der Markt so stark konsolidiert ist. Gründe sind vor allem die angesprochenen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es einigen Banken nicht mehr ermöglichten zu existieren. Deregulierung in den achtziger Jahren, höhere Renditeanforderungen der Aktionäre, das Wachstum der Industrie. Dies alles sind Gründe, warum die Banken gezwungen waren, kosteneffizienter zu arbeiten und eine höhere Rendite zu erwirtschaften. Im Zusammenspiel aller Faktoren zeichnet sich ein gutes Bild

der schwedischen Bankenlandschaft ab. Internetlösungen für Privat- und Unternehmenskunden machen einen bedeutenden Teil der Kostenstruktur aus. Somit gehören Schwedens Banken heute zu den rentabelsten in Europa. Die Kosten im Verhältnis zu den Gesamtkтива liegen um 2%, im Verhältnis zu risikogewichteten Aktiva ca. 2,9% wohingegen der Durchschnitt in Deutschland Großbritannien und Frankreich bei ca. 4% liegt. Diese Kosteneffizienz erlaubt es schwedischen Banken, eine der niedrigsten Cost-Income-Ratios auszuweisen. Und das, obwohl viele Produkte im europäischen Vergleich extrem niedrig bepreist sind, zum Beispiel gibt es keinen Aufgabenausschlag auf Investmentfonds. Beim Gesamtgewinn vor Abzug von Forderungsverlusten ergibt sich trotz Preissenkungen ein stabiles Bild und die Eigenkapitalrendite liegt aufgrund des starken Schwerpunktes auf Kapitaleffizienz auf einem vernünftigen Niveau von 15%. Die Gewinner des schwedischen Konsolidierungsprozesses sind also vor allem Kunden und Aktionäre. Der Konsolidierungsprozess hat nicht zu insgesamt höheren Gewinnen geführt, aber zu einer anderen Verteilung.

Auch Spaniens Bankenmarkt hat eine starke Konsolidierung vollzogen, allerdings haben neben diesem Prozess noch weitere Veränderungen stattgefunden. Gesteigerter Wettbewerb und eine starke Internationalisierung, insbesondere die Ausrichtung nach Südamerika, sind die Kennzeichen des spanischen Bankenmarktes. Heute existieren zwei große Bankkonzerne, BBVA und Santander, die allerdings nur 30% des Gesamtmarktes abdecken, was nach wie vor auf einen intensiven Wettbewerb zurück zu führen ist. Traditionell war der Markt überreguliert und es kam zu keiner Differenzierung zwischen den Banken, da sich die Produkte und Dienstleistungen sehr ähnelten. Hinzu kam, dass es Sparkassen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht erlaubt war, über ihre regionalen Grenzen hinaus tätig zu werden. Dies änderte sich allerdings schlagartig, als es Sparkassen Ende der achtziger Jahr erlaubt worden ist, über ihre Grenzen hinaus tätig zu werden. Banken und Sparkassen konkurrierten nun miteinander. Eine weitere Folge dieser Deregulierung ist, dass das spanische Bankensystem auch heute noch offen ist für Konkurrenz. Neben der Entwicklung der Sparkassen, die ungefähr die Hälfte aller Privatkundengeschäfte für sich in Anspruch nehmen, existieren auch ausländische Banken, die eine Reihe von Produkten anbieten. Zu nennen sind die Barclays Bank sowie die Deutsche Bank.

Für die spanischen Banken war es demnach mehr als eine logische Konsequenz, auf anderen Märkten aktiv zu werden. So ist BBVA verstärkt in Lateinamerika aktiv geworden und geht dort mit umsichtigem Risikomanagement und konservativen Übernahmestrategien voran. Im spanischen Binnenmarkt hat die Deregulierung zu Kostenrückgängen und unbestreitbaren Vorteilen für den Kunden geführt. Eine hohe Dienstleistungsqualität, effiziente Akteure und gute finanzielle Leistungen sind ein Indiz dafür.

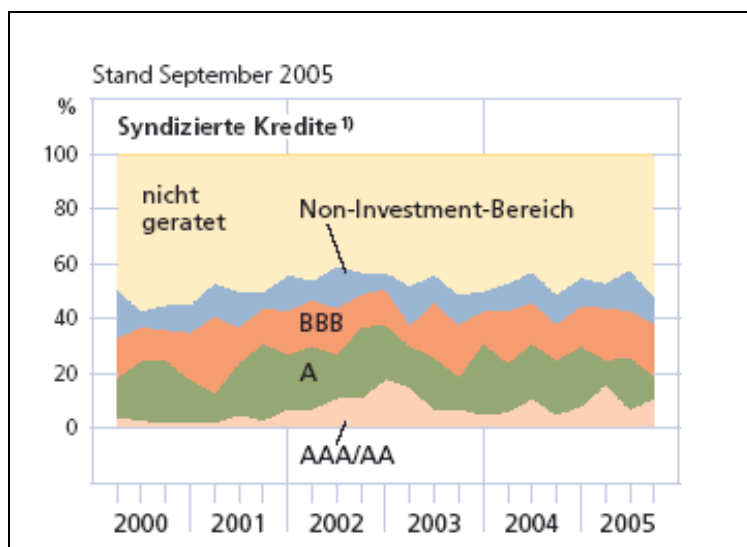
4 Die Anforderungen an ein Bankensystem

Die wesentliche Rolle eines Finanzsystems besteht darin, die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse effizient Investitionen zuzuführen: Das Finanzsystem soll sicherstellen, dass Diversifikationsmöglichkeiten ausgeschöpft und letztlich eine gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Ertrag-Risiko-Relation bei der Kapitalallokation realisiert werden kann. Dabei kommt der erwarteten Kapitalrendite, die sich aus der vereinbarten Beteiligung an den zukünftigen Erträgen des temporär überlassenen Kapitals ergibt, eine wesentliche Steuerungsfunktion zu. Diese kann sie allerdings nur dann effektiv ausfüllen, wenn gewährleistet ist, dass vereinbarte Ertragsbeteiligungen auch tatsächlich durchgesetzt werden können. Nur unter diesen Umständen kann die Investitionstätigkeit der einzelnen Wirtschaftssubjekte von ihrem aktuellen Vermögen entkoppelt werden, können unabhängig von vergangenen individuellen Einkommen die gesamtwirtschaftlich effizienten Investitionsmöglichkeiten umgesetzt werden und somit eine optimale Kapitalallokation erreicht werden. Ein funktionsfähiges Finanzsystem stellt mithin einen effizienten Mechanismus zur Kapitalallokation bereit und trägt damit unter sonst gleichen Bedingungen zu einer höheren Produktivität der Investitionen und zu einem beschleunigten volkswirtschaftlichen Wachstum bei.

Zu Beginn des Jahrtausends war das deutsche Bankensystem enormen Risiken ausgesetzt. Durch die hartnäckige Wachstumsschwäche wurde das Bankensystem über zwei Wirkungskanäle getroffen. Die Kreditqualität

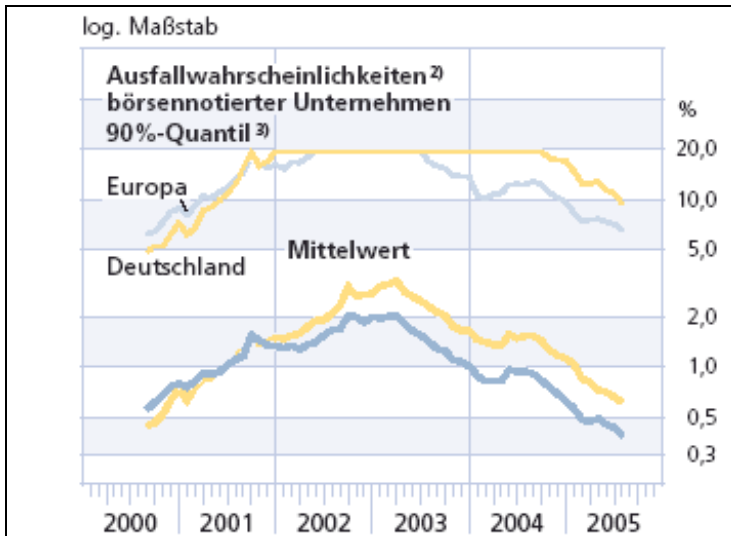
verschlechterte sich zusehends vor allem bei Firmenkrediten und gewerblichen Immobilien. Als Folge mussten die Banken hohe Wertberichtigungen vornehmen. Daneben brach zusätzlich aber auch die Kreditnachfrage der Unternehmen für Investitionskredite ein. Zeitgleich brach das Provisionsgeschäft durch die rückläufigen Börsen ein und somit kam es zu nachlassenden Erlösen und sinkender Kapazitätsauslastung. Doch schon 2004 gelang es der Kreditwirtschaft, sich wieder zu festigen, was vor allem mit rückläufigen Kreditausfällen zu begründen ist. Aufgrund des verbesserten Wachstums der Weltwirtschaft hat sich die Kreditqualität der großen Adressen wieder auf einem hohen Niveau eingependelt. Heraufstufungen durch Rating-Agenturen taten ihr übriges dazu. Somit kann man von einer Reduzierung der Kreditrisiken sprechen. Und reduzierte Kreditrisiken bedeuten mittel- bis langfristig auch Stabilität für ein Bankensystem.

Abbildung 4.1



Quelle: Bundesbank Finanzbericht 2005

Abbildung 4.2

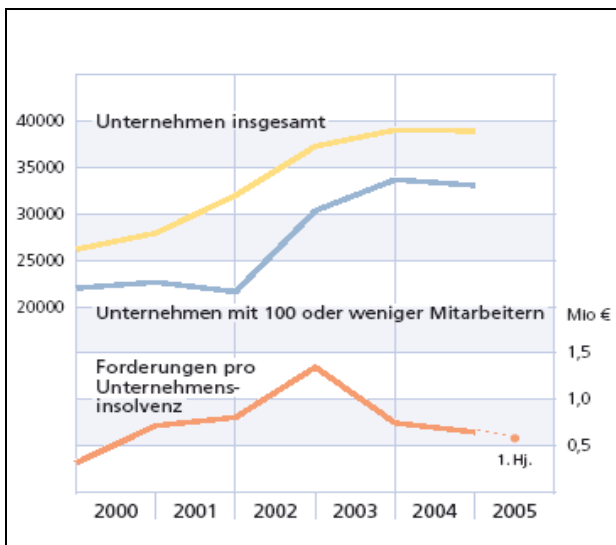


Quelle: Bundesbank Finanzbericht 2005

Wie Abbildung 4.1 zeigt, sind deutsche Banken im langfristigen Mittel zu ca. 42% im Neukreditgeschäft in den Ratingklassen AAA bis BBB vertreten. Eine mittelfristige Konsolidierung der Kreditgüte auf hohem Niveau kommt den Banken entgegen. Abbildung 4.2 zeigt, dass die Ausfallwahrscheinlichkeiten relativ gering sind. Man kann sagen, dass von den Großkrediten im Moment mittel- bis langfristig keine Risiken für die Bankenlandschaft ausgehen.

Anders hingegen sieht die Lage bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen aus. Während große internationale Firmen von einer guten Weltwirtschaft profitierten, sehen sich die kleinen und mittelständischen Unternehmen einer schwachen deutschen Konjunktur gegenüber.

Abbildung 4.3



Quelle: Bundesbank Finanzbericht 2005

Abbildung 4.3 zeigt den Verlauf der Unternehmensinsolvenzen und die damit verbundenen Forderungen pro Unternehmensinsolvenz. Im ersten Halbjahr 2005 festigt sich die Annahme, dass der Gipfel der Insolvenzzahlen überschritten sein dürfte, allerdings ist für das Gesamtjahr aufgrund der geringen prognostizierten Wachstumsraten kein starker Rückgang zu erwarten, allenfalls eine Stabilisierung auf hohem Niveau. Mittelständische Unternehmen werden derzeit von hohen Energiepreisen sowie einer nach wie vor schwachen Binnenkonjunktur belastet. Dennoch gehen einer Creditreform-Umfrage zufolge derzeit 63,3% der befragten Unternehmen von einer steigenden oder stabilen Ertragslage aus, und das trotz weiter verhaltener Indikatoren. Der Bonität des Mittelstandes kommt eine – auch im Hinblick auf BASEL II – leicht verbesserte Eigenkapitalausstattung zu gute. Nach Creditreform hatten im Herbst 2005 37,5% der mittelständischen Unternehmen eine Eigenkapitalquote von über 20%. Für die Banken bedeutet das eine leicht verbesserte Kreditqualität der Mittelstandsportfolios. Insgesamt hat sich damit die Risikolage im Geschäft mit mittelständischen Unternehmen leicht entspannt. Die Institute arbeiten an einer genaueren Risikobeurteilung ihrer mittelständischen Kunden. Gleichwohl bewegt sich das Mittelstandsgeschäft vor allem auf Grund der schwachen Binnenkonjunktur und der anhaltend hohen Insolvenzzahlen auf weiterhin beachtlichem Risikoniveau.

Die weitere Analyse der Risiken, insbesondere der Länderrisiken und Risiken privater Finanzierungen, werden in einem Makrostresstest, den die Bundesbank seit zwei Jahren durchführt, integriert. Die Bundesbank geht dabei von einem Basisszenario aus und errechnet mit Hilfe zweier Regressionsgleichungen die Auswirkungen makroökonomischer Schocks. Das Modell kann die künftige Entwicklung von Wertberichtigungen im Kreditgeschäft auf der Grundlage von Stressszenarien für das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Zinsentwicklung simulieren und die Stabilität des Bankensystems gegenüber makroökonomischen Schocks prüfen.

Das Basisszenario des Makrostresstests für das deutsche Bankensystem unterstellt, dass die deutsche Volkswirtschaft in den Jahren 2006 und 2007 etwa auf das Potentialwachstum einschwenkt. Dann würde die Kreditvergabe der

deutschen Banken den Tiefpunkt durchschreiten und kontinuierlich anziehen. Die Höhe der Wertberichtigungen wäre im Jahr 2006 fast unverändert und würde dann – auf Grund der anziehenden Kreditvergabe – im Jahr 2007 leicht steigen. Die Wertberichtigungsquote dürfte in diesem Szenario somit annähernd konstant bleiben. Die Profitabilität im deutschen Bankensystem sollte sich mit der steigenden Kreditnachfrage ebenfalls verbessern. Gegenüber dem Basisszenario werden zwei Schocks simuliert.

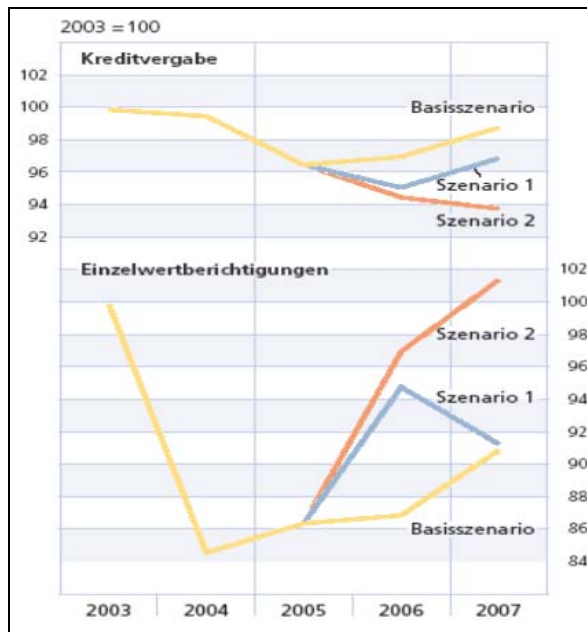
Szenario 1:

Dauerhafte Zinserhöhung um einen Prozentpunkt 2006 verbunden mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, das im Jahr 2006 um ein halbes Prozent unter Potential bleibt, um dann im Jahr 2007 verzögert auf den Potentialpfad einzuschwenken.

Szenario 2:

Nullwachstum 2006 und 2007 bei unverändertem Zinsniveau. Eventueller Zinsschocks könnte im Zusammenhang mit einer deutlichen Abwertung des US-Dollar. Denkbar wäre: Langfristiger Zins in den USA steigt an, wenn die Bereitschaft der Welt, das Leistungsbilanzdefizit der USA zu finanzieren, abnimmt. Aufgrund des Zusammenhangs der internationalen Märkte könnte sich dies auf die europäischen Märkte transformieren. Das zweite Szenario eines Rückfalls in die realwirtschaftliche Stagnation könnte das Ergebnis mehrerer Komponenten sein. Zum Beispiel ein dauerhaft hoher Ölpreis oder eine Belastung deutscher Unternehmen durch eine Dollar-Abwertung.

Abbildung 4.4



Quelle: Bundesbank Finanzbericht 2005

Makrostresstest:

Im ersten Szenario steigen die Wertberichtigungen der Kreditinstitute temporär an. Die zunächst weiter sinkende Kreditvergabe und das unterstellte, verzögerte Einschwenken auf das Wachstum des Basisszenarios reichen aber aus, um die Korrektur für das Jahr 2007 einzuleiten. Das zweite Szenario hingegen treibt die Wertberichtigungen, die im Jahr 2007 sogar das Niveau von 2003 übertreffen, über den gesamten Prognosezeitraum an. Die Kreditvergabe würde dabei ihren Abwärtstrend fortsetzen.

Die Stresstests deuten darauf hin, dass die deutschen Institute zurzeit einen Zinsschock relativ gut verkraften könnten. Eine länger anhaltende schwache Wirtschaftsentwicklung könnte jedoch bei schwach kapitalisierten Banken zu Problemen hinsichtlich der Ertragslage und der Eigenkapitalausstattung führen. Alles in allem lässt sich sagen, dass das deutsche Bankensystem in ein etwas ruhigeres Fahrwasser gerät, da erste Anzeichen für einen Erfolg der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen sprechen.

Neben der effizienten Kapitalallokation und einer Resistenz gegen exogene Schocks hat ein Bankensystem noch eine Vielzahl weiterer Aufgaben zu

erfüllen. Um jedoch eine optimale Konstellation zu erreichen, muss man sich die zugrunde liegende Marktstruktur anschauen. Deutschlands Wirtschaftsordnung basiert auf dem Prinzip der Marktwirtschaft, also einem freien Spiel der Marktkräfte. Ohne das Zugrundelegen einer freien Wirtschaftsordnung und der Kanalisierung der Prinzipien Gewinnstreben und Wettbewerb wäre es in Deutschland nie zu einem so beträchtlichen Anstieg des Wohlstandes gekommen. Nur in einer Wettbewerbsumgebung erkennen Unternehmen schneller eventuelle Veränderungen und neue Impulse. Gleiches gilt für die Bankenlandschaft. Banken müssen in der Lage sein, Impulse möglichst schnell zu verarbeiten und neue Wege zu gehen. Nur dann ist, und hier schließt sich der Kreis, eine effiziente Kapitalallokation möglich. Sich ständig und vor allem schnell verändernde Rahmenbedingungen erlauben kein starres Bankensystem und vor allem keine unnötigen staatlichen Eingriffe. Staatliche Eingriffe sind nicht per se schlecht und können in versagenden Märkten eine bessere Lösung herbeiführen, allerdings ist dabei zu beachten, dass mit dem Eingreifen auch soziale Kosten entstehen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es also sinnvoll, so wenig staatliche Eingriffe wie möglich vorzunehmen. Die Anforderungen an ein Bankensystem werden dann aus dem System heraus am besten formuliert.

5 Das Modell der Impulsmatrix

Die folgende Abbildung 5.1 versucht, die gegenwärtig auf die deutsche Bankenlandschaft einwirkenden Impulse anhand von zwei Dimensionen zu klassifizieren.

Abbildung 5.1: Die Impulsmatrix

	Legislativ	Kompetitiv
Aktiv (handelnd)	- Basel II	- Eigenkapitalrendite - Missstände, die durch das Controlling aufgedeckt werden - Entwicklung des Online-Banking
Passiv (reagierend)	- Gesetzliche Rahmenbedingungen (Dreisäulenmodell) - Sparkassengesetze - Kreditwesengesetz - Steuergesetze, etc.	- Demographie (in Bezug auf Filialkosten) - Sparverhalten - Fusionen

Quelle: Eigene Darstellung.

Basel II wird in der Matrix als legislativ-aktiver Impuls definiert, da die Eigenkapitalverordnung erst im Jahr 2007 in Kraft treten wird und die Banken sich bis dahin aktiv auf die kommenden Veränderungen vorbereiten. Mit dem Inkrafttreten transformiert der Impuls dann von aktiv zu passiv, da der Impuls dann eine gültige Rechtsverordnung ist und einen integralen Bestandteil eines Rechtsrahmens darstellt. Insgesamt lässt sich dies generell für alle legislativ-aktiven Impulse festhalten. Die aktive Dimension von legislativen Impulsen beschreibt die Handlungen, die betroffene Parteien im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ausüben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass von legislativ-passiven Impulsen keine Dynamik mehr ausgeht, was auch gar nicht mit dem Begriff Impuls vereinbar ist, da auch bereits gültige Rechtsverordnungen in gewissen zeitlichen Abständen Novellierungen unterzogen werden. Ein legislativ-aktiver Impuls ist dadurch charakterisiert, dass legislative Impulse mit einer Gesetzesinitiative einhergehen, die einen nachhaltigen Einfluss auf das sozioökonomische Umfeld ausüben.

Die Eigenkapitalrendite hingegen wird in den Bereich kompetitiv-aktiv eingeordnet, weil die deutschen Banken durch den internationalen Wettbewerb kontinuierlich unter Druck stehen, eine angemessene Rendite vorzuweisen. Dieser Impuls jedoch kann nicht von aktiv auf passiv transformieren, wie die Betonung auf den kontinuierlichen Wettbewerbsdruck verdeutlicht. Missstände, die durch das Controlling aufgedeckt werden, werden ebenfalls zu legislativ-aktiven Impulsen gezählt. Das Entdecken von Kostenredundanzen ist aufgrund fortlaufend modifizierter Prozesse, die sich im Laufe eines sich ändernden Umfelds unweigerlich ergeben, eine ständige Herausforderung, der sich Banken zu stellen haben. Auch die Entwicklung des Online-Bankings wird sich in absehbarer Zeit noch als ein kompetitiv-aktiver Impuls darstellen, obgleich gelegentlich eher die Vermutung nahe liegt, dass der Impuls eher hin zu einem passiven Impuls transformiert, da die Entwicklung in jüngster Zeit stagnierte. Der Privatkunde nimmt das Online-Banking seit der Verbreitung vor nunmehr 10 Jahren hauptsächlich als ein Tool wahr, um Überweisungen zu tätigen und um die Zahlungseingänge zu kontrollieren. Eine innovative und interaktive Lösung, die dem Kunden darüber hinaus durch die Nutzung erweiterter Dienste einen Mehrwert schafft, lässt weiter auf sich warten. So könnte man erwarten, dass ein solches Online-Banking-System beim Kunden Informationen abfragt und diese mit bereits vorhandenen Kundeninformationen verdichtet, um darauf basierend als Ratgeber in Finanzfragen zu fungieren. Man könne sich etwa vorstellen, dass das System Kenntnisse beispielsweise über das Auslaufen von Versicherungsverträgen, die Verfügbarkeit monatlich zufließender Mittel und zudem über das Ausbildungsniveau besitzt, um konkrete kundenorientierte Dienste zu konzipieren.

Die demographische Entwicklung in Deutschland, die durch eine zunehmende Überalterung gekennzeichnet ist, definiert sich als ein kompetitiv-passiver Impuls. Eine Einflussnahme auf diesen Impuls ist kaum möglich. Der Impuls muss als gegeben hingenommen werden, da sich Veränderungen bezüglich der demographischen Entwicklung nur über einen extremen langen generationsübergreifenden Zeitraum herstellen lassen. Auch wenn sich über Nacht die Geburtenrate verdoppeln ließe, so könne man doch erst in zwei Jahrzehnten Effekte erkennen. Die demographische Entwicklung zwingt die

Banken, ihre Zweigstellenpräsenz und ihr Privatkundengeschäft zu überdenken. Eine ältere Generation - lässt man mal ein operatives Vererbungsmotiv außer Acht - befindet sich nämlich in der Entnahmephase von Erträgen aus Finanzanlagen.

Die Abbildung zeigt ganz deutlich, dass der deutsche Gesetzgeber in der Vergangenheit neben dem Mitwirken an internationalen regulatorischen Initiativen (siehe Basel II) selbst nicht genügend aktive Impulse gesetzt hat, um dadurch der Gestaltung der deutschen Bankenlandschaft durch sonst nur internationale Entwicklungen vorzugreifen.

5.1 Ertragsprobleme der deutschen Banken - eine Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Ziels der Finanzstabilität?

Laut einer Studie der Bundesbank, die am 18.10.2004 in Frankfurt zusammen mit dem Monatsbericht Oktober veröffentlicht wurde, ist die regulatorische Eigenkapitalquote im Verhältnis der Risikoaktiva trotz der konjunkturellen Entwicklung seit dem Jahre 2001 nicht auffällig. Die deutschen Banken haben die Stresstests bestanden. Ein Jahr zuvor im Jahre 2003 wurde vom Internationalen Währungsfonds ebenfalls ein Stresstest durchgeführt, der zu gleichen Ergebnissen kam (Bofinger, P./ Wolfgang, F./ Rürup, B./ Weder di Mauro, B./ Wiegard, W., 2004, S. 281). Im Kapitel 4 wurde bereits auf den von der Bundesbank im Sommer des Jahres 2004 durchgeführten Stresstests eingegangen. So wurden im Kapitel 4 die möglichen Auswirkungen bestimmter makroökonomischen Szenarien – zum Beispiel von Ölpreisschocks oder hohen Risikoaufschlägen für Zinsen – auf das Kreditrisiko aufgezeigt. Die möglichen Auswirkungen signalisierten allesamt kein gravierendes Stabilitätsproblem, obgleich man sagen kann, dass die Stabilität nicht ein ausgeprägtes deutsches Phänomen ist (Bofinger, P./ Wolfgang, F./ Rürup, B./ Weder di Mauro, B./ Wiegard, W., 2004, S. 282).

Eine schwache Ertragslage weitet sich erst dann zu einem Problem aus, wenn in der Folge die Kreditinstitute darauf mit einer restriktiven Kreditvergabe

reagieren. Nun ist es in der ökonomischen Analyse nicht leicht einzuordnen, ob eine Veränderung des Kreditvolumens wirklich ein Signal für ein derartiges Verhalten darstellt. Eine Umfrage sowohl unter Unternehmen als Kreditunternehmen als auch unter Banken als Kreditgeber würde wahrscheinlich aufgrund subjektiver Wahrnehmungen nur ein verzerrtes Bild der Realität wiedergeben. Ein Unternehmer würde vermutlich die Entscheidung seiner Hausbank gegen eine Kreditvergabe eher auf ein restriktiveres Verhalten seitens der Bank zurückführen. Für das Jahr 2002 lassen sich jedoch in einer Untersuchung des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahre 2004 Anzeichen für eine angebotsseitige Verknappung der Kreditvergabe finden, die über die üblichen Reaktionen auf Zinsen und Rentabilität der Investitionsprojekte hinausgeht und damit auf bankinterne Ursachen zurückgehen könnte.

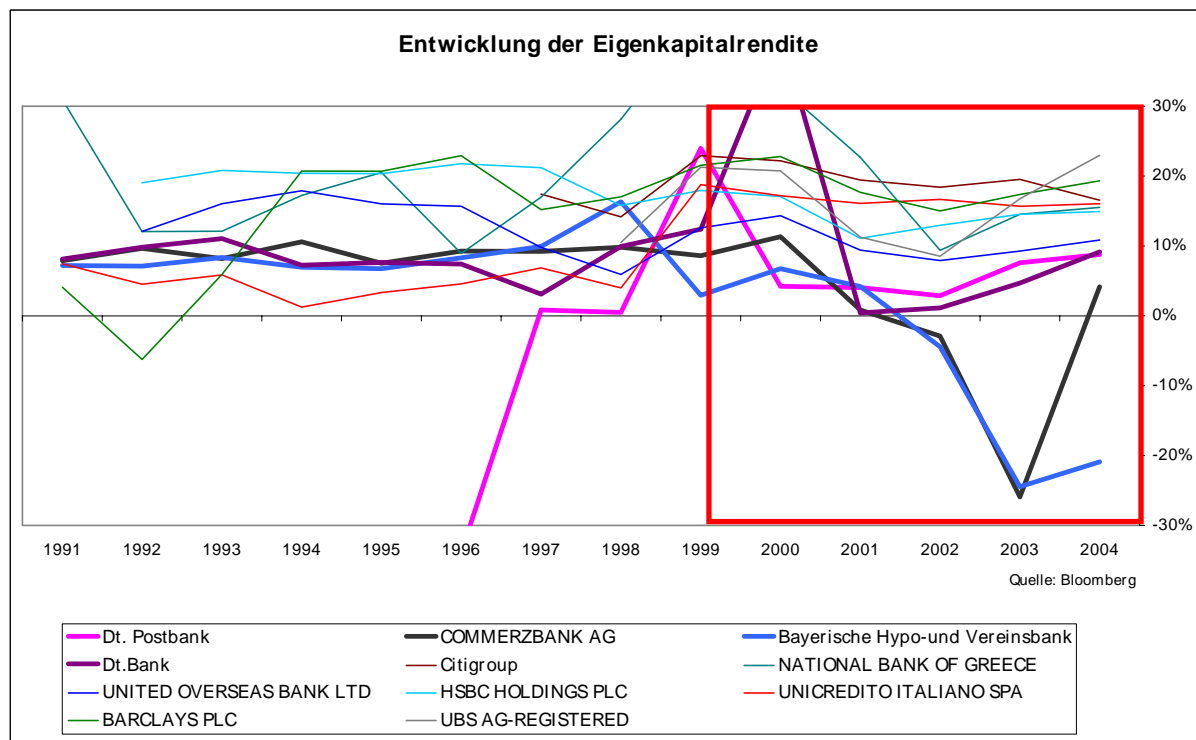
5.2 Eigenkapitalrentabilität

Die Eigenkapitalrendite wird durch das Verhältnis von Jahresüberschuss und Eigenkapital gebildet. Mit ihr kann man die Profitabilität eines Unternehmens aus der Sicht der Aktionäre beurteilen. Je höher sie ist, desto besser für die Eigenkapitalgeber. Noch deutlicher wird die im internationalen Vergleich schwache Ertragssituation bei Betrachtung von Großbanken mehrerer Länder für die Jahre 2001 bis 2003 (Tabelle 60, Seite 282). Diese Tatsache begründet immer wieder Diskussionen um die Frage, ob die niedrige Ertragslage des deutschen Bankensystems nicht nur der Konjunktorentwicklung und der Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen geschuldet ist, sondern mit Strategiefehlern der Großbanken einerseits sowie mit der Ausgestaltung des Drei-Säulen-Systems andererseits zusammenhängt.

Im Gegensatz zu den deutschen Großbanken und den Landesbanken konnten die Sparkassen in den letzten Jahren mit einer Eigenkapitalrendite von rund 11 % im Jahr 2003 durchweg gute Ergebnisse erzielen. Sie erwiesen sich hinsichtlich der ungünstigen Rahmenbedingungen als relativ robust, vor allem

wegen ihrer traditionellen Verankerung im Privatkundengeschäft und des damit verbundenen relativ geringen Anteils volatiler Einnahmen. Betrachtet man den öffentlich-rechtlichen Sektor insgesamt, so wird der positive Ergebnisausweis der Sparkassen durch das schlechte Bild der Landesbanken getrübt. Summiert man den Jahresüberschuss beider Teilgruppen und setzt diese Größe ins Verhältnis zum aggregierten durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital, so gelangt man zu einer ebenfalls sehr niedrigen Eigenkapitalrendite in Höhe von knapp 3 % für das Jahr 2003. Wegen ihres ähnlichen Geschäftsmodells erwiesen sich die Kreditgenossenschaften wie die Sparkassen mit einer Eigenkapitalrendite von knapp 11 % im Jahr 2003 als widerstandsfähig gegenüber den ungünstigen Rahmenbedingungen. Unter Berücksichtigung der Ertragslage der genossenschaftlichen Zentralbanken ergab sich im Jahr 2003 für den genossenschaftlichen Bereich insgesamt eine etwas niedrigere konsolidierte Eigenkapitalrendite in Höhe von 8 %, welche gleichwohl den besten Wert der drei Gruppen darstellte. Die Abbildung 5.2.1 zeigt die Entwicklung der Eigenkapitalrendite von internationalen Großbanken an:

Abbildung 5.2.1



Quelle: Eigene Darstellung.

Aus Abbildung 5.2.1 kann man sehen, dass deutsche Unternehmen vor allem im Zeitraum 1999 bis 2004 im Schnitt eine schlechtere Eigenkapitalrendite als ausländische Banken vorweisen. Auf den ersten Blick würde man sagen, dass die deutschen Banken schlechter gewirtschaftet haben als die ausländischen. Diese Aussage kann aber nur getroffen werden, wenn der Verschuldungsgrad berücksichtigt wird.

Da der Anteil des Eigenkapitals durch einen steigenden Verschuldungsgrad kleiner wird, steigt das Verhältnis Jahresüberschuss durch Eigenkapital und damit die Eigenkapitalrendite.⁷ Optimal wäre eine Betrachtung der Eigenkapitalrendite erst dann, wenn ein gleicher Verschuldungsgrad angenommen werden kann. Da durch Basel II die Eigenkapitalhinterlegung sich nach den durch die Bank eingegangenen Risiken richtet, ist eine Betrachtung der Eigenkapitalrendite bei Banken auf jeden Fall sinnvoller als bei Industrieunternehmen. Aus Gründen der Einfachheit soll im Folgenden der Verschuldungsgrad aber vernachlässigt werden.

Um diese Frage zu beantworten, ob eine niedrigere Eigenkapitalrendite ein Problem für deutsche Banken und damit für Deutschland ist, ist es zunächst wichtig, zu klären, aus welcher Perspektive man die Eigenkapitalrendite beurteilen möchte. Dabei ist hier eine volkswirtschaftliche von einer betriebswirtschaftlichen Sicht zu trennen.

Volkswirtschaftliche Sicht / Wohlfahrtsicht

Aus dem Bankengesetz geht hervor, dass deutsche Banken unter anderem die Aufgabe haben, deutsche Unternehmen mit Kapital zu versorgen. Die Geschäftstätigkeit der Banken soll so ausgeübt werden, dass möglichst keine Kreditklemme entsteht. Kommt es bei dieser Zielverfolgung zu unterdurchschnittlichen Eigenkapitalrenditen der Banken, so ist dies volkswirtschaftlich akzeptierbar, soweit die Kreditversorgung für deutsche

⁷ Eine Erhöhung des Verschuldungsgrades kann auf zwei Arten durchgeführt werden, indem nämlich entweder bei konstantem Eigenkapital zusätzliches Fremdkapital aufgenommen wird oder bei konstantem Fremdkapital durch Aktienrückkäufe der Eigenkapitalbestand reduziert wird. Im ersten Fall erhöht sich der Residualgewinn relativ zum konstant gebliebenen Eigenkapital. Im zweiten Fall sinkt der Residualgewinn weniger stark als das Eigenkapital.

Unternehmen gewährleistet wird. Folglich muss, wenn eine faire Beurteilung erfolgen soll, untersucht werden, in welchen Umfang die Kreditversorgung in Deutschland erreicht wird.

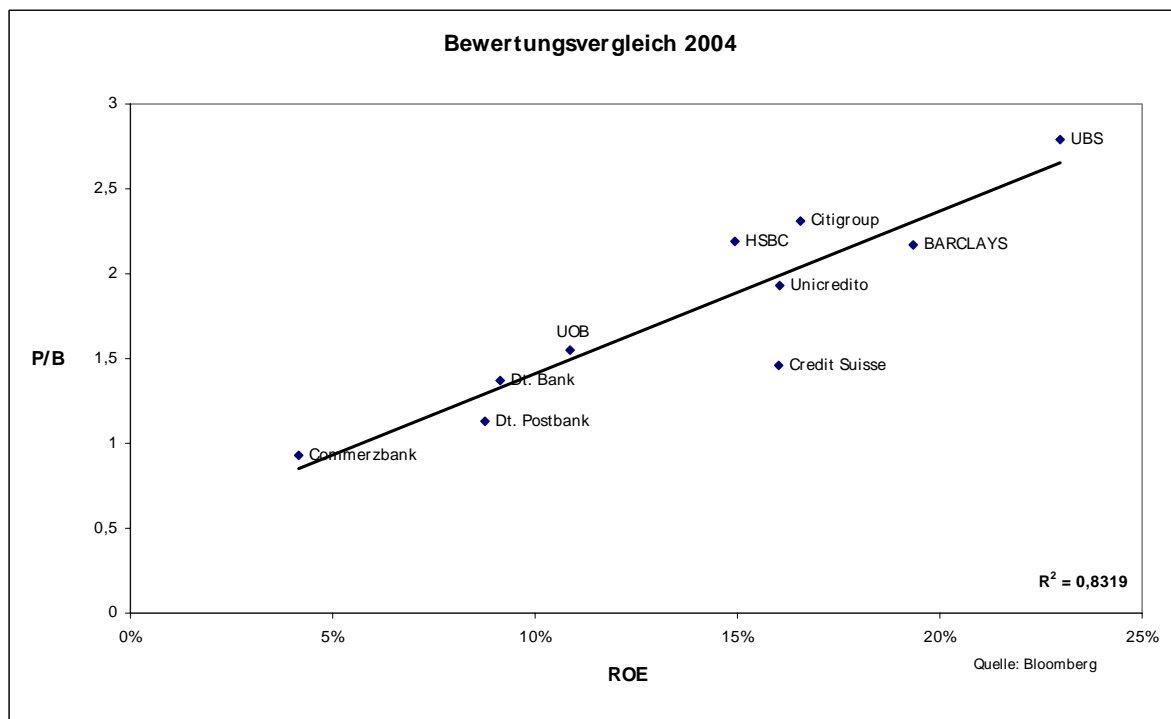
Betriebswirtschaftliche Perspektive

Ökonomisch gesehen muss eine niedrigere Eigenkapitalrendite nicht immer ein Problem für das Unternehmen, die Aktionäre und die Mitarbeiter sein. Da der Jahresüberschuss aus den Erträgen und Aufwendungen entsteht, kann auch eine Investitionspolitik zur langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes, kurzfristig zur niedrigeren Eigenkapitalrenditen führen, obwohl langfristig ein positiver Effekt davon getragen wird. Zu einem Problem wird es erst dann, wenn auf langer Sicht nur unterdurchschnittliche Eigenkapitalrenditen erwirtschaftet werden, wie es die Abbildung 5.2.1 verdeutlicht. Da niedrigere Eigenkapitalrenditen auch Einfluss auf den Unternehmenswert haben, werden Banken, die über längere Zeit nur eine unterdurchschnittliche Eigenkapitalrendite vorweisen konnten, zudem billiger was den Unternehmenswert betrifft und damit interessant für ausländische Unternehmen bzw. Banken, die glauben durch eine Übernahme der deutschen Banken und durch einen Wechsel des Management höhere Renditen erzielen zu können.

Der unten aufgeführte Bewertungsvergleich in der Abbildung 5.2.2 stellt die Verbindung zwischen der Eigenkapitalrendite (Return on Equity, ROE) und dem Unternehmenswert, ausgedrückt durch das Verhältnis aus Kurs und Buchwert pro Aktie (Price to Book Value, P/B), her. Ein herkömmlicher Bewertungsvergleich mit einem Enterprise Value (Unternehmenswert)- oder Market Cap (Marktkapitalisierungs)- Multiple, wie es bei Industrieunternehmen üblich ist, kann nicht durchgeführt werden, weil erstens Banken gegenüber den Industrieunternehmen eine viel zu höhere Nettoverschuldung aufweisen, so dass der Enterprise Value (aus Market Cap und Nettoverschuldung) nicht aussagekräftig ist und zweitens eine Gegenposition zum EV oder MC, also eine EBITDA-, EBIT-, und EBT-Position bei Banken nicht existiert. Aus diesem Grund wurde hier ein Price to Book Ratio ausgewählt.

In der Abbildung 5.2.2 wurden drei deutsche Banken (Deutsche Bank, Deutsche Postbank, Commerzbank) und sieben ausländische Banken (United Overseas Bank, Credit Suisse, Unicredito, HSBC, Citigroup, Barclays, UBS) gegenübergestellt, wobei die speziellen Geschäftstätigkeiten jeder Bank, wie das Investmentbanking oder Commercial Banking, nicht berücksichtigt wurden, was vielleicht zur einer Präzisionsverlust führt. Das hohe Gütemaß (R^2) von 0,8319 zeigt jedoch, dass hier trotzdem eine signifikante Korrelation zwischen ROE und P/B Ratio besteht. Aus der Abbildung 5.2.2 geht hervor, dass deutsche Banken tatsächlich im internationalen Vergleich billiger sind als ausländische Banken.

Abbildung 5.2.2



Quelle: Bloomberg.

Auch wenn das deutsche Bankensystem in Vergleich mit dem ausländischen höhere Kreditversorgung gewährleistet, ist eine langfristig niedrige Eigenkapitalrendite für deutsche Banken im Bezug auf einer Übernahme aus dem Ausland gefährlich. Das jüngste Beispiel der Übernahme der HypoVereinsbank durch die italienische UniCredit ist ein Beleg dafür.

5.3 Der neue Baseler Akkord (Basel II)

Ein wichtiger aktiver und legislativer Impuls nach der Impulsmatrix ist Basel II. Basel II ist eine Eigenkapitalvereinbarung, die sich aus Basel I ergeben hat. Im Jahr 1988 wurde die erste Eigenkapitalverordnung (Basel I) vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlicht, mit dem Ziel, die Stabilität des internationalen Finanzsystems zu gewährleisten und die Wettbewerbsverzerrungen, die durch unterschiedliche bankenaufsichtliche Regelungen hervorgerufen wurden, zu reduzieren. Nachdem 1992 diese Verordnung rechtskräftig wurde, mussten Banken für jeden vergebenen Kredit, Eigenkapital in Höhe von 8 Prozent der Kreditsumme hinterlegen. Konnten Unternehmen keine angemessene Bonität vorweisen, so wurde die Kreditvergabe schlichtweg verweigert anstatt die Kreditkonditionen anzupassen. In diesem Zusammenhang wird häufig der Begriff Status Quo benutzt. Um bei der Festlegung der Kapitalanforderungen an Banken neben den Marktpreisrisiken und Kreditrisiken weitere Risiken in die Beurteilung mit einzubeziehen, und um zudem neuere Entwicklungen an den Finanzmärkten sowie im Risikomanagement der Institute zu berücksichtigen, wurde im Juni 2004 die neue Eigenkapitalanforderung (Basel II) veröffentlicht.⁸ Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt nämlich, dass eine Vielzahl von Banken Krisen weder durch Marktpreisrisiken noch durch Kreditrisiken, sondern durch operationelle Risiken ausgelöst wurden. So beispielsweise die Pleite des britischen Bankhauses Barings durch fehlerhafte Kontrollen des Händlers Nick Leeson in Singapur.

Dabei möchte der neue Baseler Akkord darauf hinarbeiten, dass die bankeigenen Risikosteuerungssysteme weiter verbessert und diese durch die zuständigen Aufsichtsinstanzen überprüft werden, so der Bericht der Bundesbank über die sich neu ergebenden Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute durch Basel II. Basel II wird im Januar 2007 in Kraft treten, so dass Banken ab 2007 die neuen Regelungen zur Eigenkapitalhinterlegung anzuwenden haben.

⁸ (Vgl. dazu den Monatsbericht „Neue Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)“ vom September 2004. Der Bericht ist abrufbar von der Homepage der Bundesbank unter dem Link http://www.bundesbank.de/bankenaufsicht/bankenaufsicht_basel.php)

Im Kern enthält der Baseler Akkord (Basel II) drei Säulen. Die im Januar in Kraft tretenden Regelungen beruhen somit auf einem Dreisäulenprinzip, worauf im Folgenden trotz der Komplexität kurz eingegangen wird.

Bei dieser ersten Säule, die den Schwerpunkt der Reform darstellt, wird die Unterlegung von Kreditrisikopositionen mit Eigenkapital geregelt. Hier lässt Basel II 3 Methoden bzw. Ansätze zu. Die erste Methode ist der Standardansatz, wonach die von den Banken begebenen Kredite von externen Agenturen, wie z.B. Moody's oder Standard & Poor's, mit einem Rating versehen und in bonitätsabhängige Risikogruppen (Staaten, Banken, Nichtbanken) eingestuft werden. Den Risikogruppen sind dann spezielle Risikogewichte (0%, 20%, 50%, 100% und 150%) zuzuordnen. Vergleiche dazu die folgende Tabelle 5.3.1.

Tabelle 5.3.1: Bonitätsbeurteilung und Risikogewichte nach dem Standardansatz⁹

Ratings	Risikogewicht in Prozent				
	Staaten	Banken Option 1	Banken Option 2	Nichtbanken	Asset Backed Securities
AAA bis AA-	0	20	20	20	20
A+ bis A-	20	50	50	50	50
BBB+ bis BB-	50	100	50	100	100
BB+ bis BB-	100	100	100	100	150
B+ bis B-	100	100	100	150	1250
Unter B-	150	150	150	150	1250
Ohne Rating	100	100	50	100	1250

Quelle: Deutsche Bundesbank

Bei Krediten an Banken entscheiden die nationalen Aufsichtsinstanzen, welche Option für alle Banken in ihrem Aufsichtsbereich zur Anwendung kommt. Bei der Option 1 werden die Banken um eine Kategorie schlechter als das Rating ihres Landes eingestuft. Bei der zweiten hingegen wird das externe Rating von

⁹ Die Notation folgt der Methode der US-amerikanischen Ratingagentur Standard & Poor's. Genau so könnten auch die Ratings anderer externer Bonitätsbeurteilungsinstitute verwendet werden.

Ratingagenturen benützt, um die Risikogewichte zu bestimmen. Ferner werden Begünstigungen für kurzfristige Kredite (bis maximal 3 Monaten) gewährt.

Die übrigen beiden Methoden verfolgen einen Ansatz, der auf interne Ratings basiert. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem sogenannten IRB-Ansatz (**I**nternal **R**ating **B**ased **A**pproach). Dieser Ansatz wiederum unterscheidet sich in einen einfachen und einen fortgeschrittenen. Bei dem einfachen IRB-Ansatz werden die internen Ratings der Banken hinzugezogen. Die Risikogewichte sind neben der Risikoklasse auch von weiteren Größen, wie der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Restlaufzeit und der Verlustrate abhängig. Der fortgeschrittene IRB-Ansatz unterscheidet sich gegenüber dem einfachen IRB-Ansatz nur in der Hinsicht, dass die Risikokomponenten auf einer breiteren Nutzung bankinterner Schätzungen von Risikokomponenten basieren. Diese Methode tritt wegen der hohen Komplexität erst Anfang 2008 in Kraft, damit die Banken genügend Zeit haben, um sich darauf vorzubereiten.

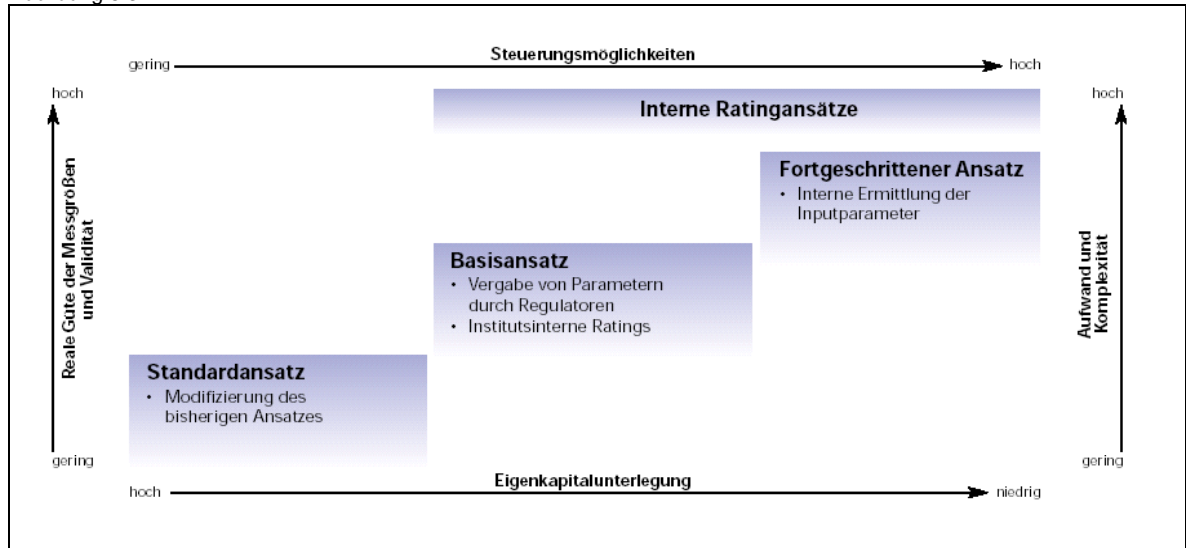
Die zweite Säule behandelt die Kontrolle der Eigenkapitalunterlegung der Banken. Die dritte und schließlich letzte Säule von Basel II hat das Ziel, durch erweiterte Offenlegungen eine größere Transparenz der Eigenmittelunterlegung zu garantieren.

Auswirkungen von Basel II auf Banken

Basel II wird Banken mehr dazu anregen, interne Ratings als externe heranzuziehen. Grund dafür zeigt die Abbildung 5.3.1. Hier wird das Zusammenspiel zwischen Eigenkapitalunterlegung, Aufwand und Komplexität, Steuerungsmöglichkeiten und reale Güte der Messgrößen und Validität hinsichtlich der drei Ansätze gezeigt. Je höher die Eigenkapitalunterlegung ist, desto höher werden die auf die Banken entfallenden Eigenkapitalkosten sein. Da jede Bank Interesse hat, die Eigenkapitalkosten gering zu halten (unter Vernachlässigung einer Änderung ihres eigenen Ratings und Finanzierungskosten), werden sie eine möglichst niedrige Eigenkapitalunterlegung wählen und sich überlegen, ob eine Umstellung ihres Ansatzes vorteilhaft ist.

Dabei werden die Banken die Kosten für eine Umstellung – etwa die Umstellung vom Standardansatz auf den Basisansatz, abwägen müssen.

Abbildung 5.3.1

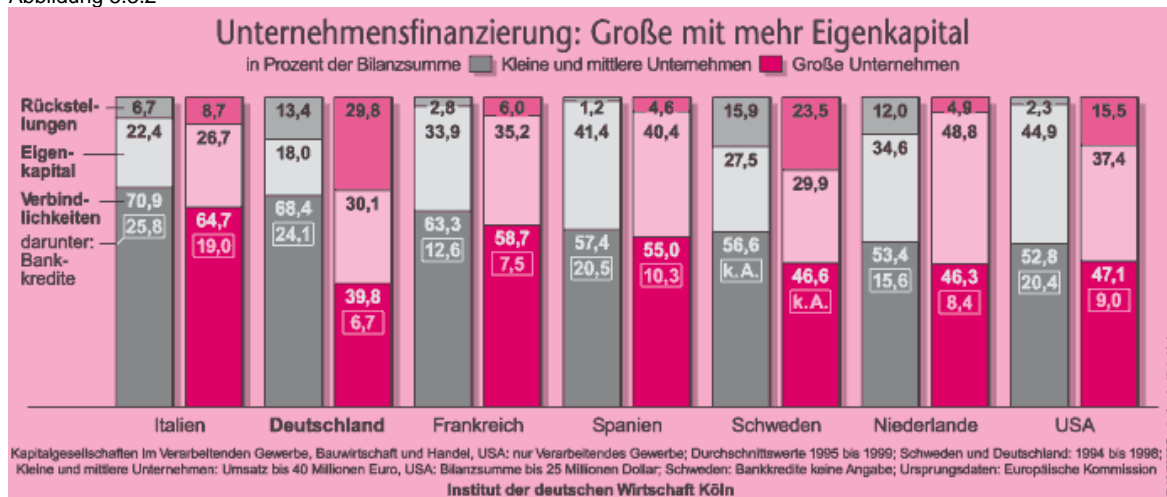


Quelle: KPMG, <http://www.ifrs-rechnungslegung.com/inhalt/basel2/Basel2kpmg.pdf>

Auswirkungen von Basel II auf Unternehmen

Bei der Veröffentlichung von Basel II, kam es zu einer Diskussion, ob die neue Eigenkapitalverordnung für Banken einen negativen Einfluss auf die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen in Deutschland hat. Da Banken bei der Kreditvergabe an Unternehmen mit schlechter Bonität höhere Kapitalkosten haben, werden sie diese durch einen höheren Kreditzins weitergegeben. Abbildung 5.3.2 zeigt den Verschuldungsgrad der mittelständischen Unternehmen im internationalen Vergleich. Anhand der Abbildung lässt sich sehen, dass kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland mit einem Verbindlichkeitsanteil von 68 Prozent gemessen an der Bilanzsumme einen sehr hohen Verschuldungsgrad im Vergleich zu anderen Ländern – ausgenommen Italien - vorweisen. Da das Rating mit einem höheren Verschuldungsgrad schlechter ausfällt, werden für die mittelständischen Unternehmen die Finanzierungskosten steigen, was aber dann Anreize für alternative Finanzierungsformen, wie Asset Backed Securities oder Mezzanine Kapital, schafft (siehe Kapitel 6).

Abbildung 5.3.2



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft [<http://iwkoeln.infoapp.de/default.aspx?p=content&i=15851>]

Da die Einführung von Basel II in Deutschland Nachteile für die kleinen und mittelständischen Unternehmen mit sich bringt, wurde eine Kompromisslösung für den Mittelstand geschaffen, die entsprechend dem Septemberbericht der Bundesbank aus dem Jahre 2004 folgende Regelungen für die Banken vorsieht. Bei kleinen und mittleren Unternehmen (bis 50 Mio. Euro Jahresumsatz) können Firmen-Kleinkredite unter 1 Mio. Euro gebündelt (Retail-Portfolio) und mit einer kleineren Eigenkapitalsumme unterlegt werden. Je nachdem, welcher Ratingansatz gewählt wurde und welche Bonität das Portfolio besitzt, werden Kapitalanforderungen für Banken gem. Tabelle 5.3.2 erwartet, und damit deutlich weniger als die bisher pauschal veranschlagten 8 Prozent. Bei größeren Firmenkrediten über 1 Mio. Euro können die Institute für Unternehmen bis zu 50 Mio. Euro Jahresumsatz in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße prozentuale Abschläge von der Kreditrisikogewichtung vornehmen. Je kleiner das Unternehmen ist, desto größer wird der Abschlag ausfallen. Da diese Regelung nur für einen Teil der mittelständischen Unternehmen (50 Mio. Euro Jahresumsatz) gilt, bleibt das Problem der mit Basel II eintretenden Erhöhung der Finanzierungskosten bestehen. Um eine günstige Finanzierung zu gewährleisten, müssen sich die mittelständischen Unternehmen sich mit alternativen Finanzierungsformen befassen oder versuchen ein gutes Rating zu erreichen. Hierbei muss untersucht werden, welche Möglichkeiten Unternehmen haben, einen Einfluss auf das Rating auszuüben. Worüber Banken sich Gedanken machen müssen ist, ob durch die erhöhten Finanzierungskosten der mittelständischen Unternehmen die Nachfrage nach Bankkrediten nachlassen wird,

und ob es lukrativ für die Banken ist, neue Finanzierungsformen für die Unternehmen bereitzustellen.

Tabelle 5.3.2: Eigenkapitalhinterlegung bei Banken (in Prozent des Kreditvolumens)

Risikoklassen nach Ausfallwahrscheinlichkeit ¹¹	an Unternehmen					an Privatkunden ¹⁰
	derzeit	Stand Januar 2001	neuester Stand	nach Größenabschlag		
				Umsatz 20 Mio. €	Umsatz 50 Mio. €	
0,03	8	1,1	1,4	1,2	1,1	0,4
0,7	8	8,0	6,9	6,2	5,8	3,5
1	8	10,0	8,0	7,1	6,7	4,2
2	8	15,4	10,2	9,1	8,5	5,57
3	8	19,7	11,8	10,5	9,8	6,62

Quelle: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

6 Neuausrichtung der Betrachtung von Mittelstandsrisiken

Ein häufiger Grund für Kreditzugangsprobleme deutscher Unternehmen aufgrund unternehmensseitiger Merkmale ist die schwache Eigenkapitalbasis vor allem des deutschen Mittelstands, denn Eigenkapital kann eine Ausgleichsfunktion für laufende Verluste und eine Haftungsfunktion im Insolvenzfall übernehmen. Im Jahr 2003 machte die Eigenkapitalquote bei fast jedem dritten Unternehmen, gemessen an der Bilanzsumme, höchstens 10 % aus, was allerdings schon eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Als ein Grund für die traditionell geringe Eigenkapitalbasis wird das Hausbankensystem genannt, das zumindest in der Vergangenheit zu einer günstigen Fremdfinanzierung beitrug und unter Umständen die Einführung von kapitalmarktnahen Finanzierungsmöglichkeiten verzögerte.

Die gemeinsame, von Genossenschaftsbanken, Geschäftsbanken, der Sparkassen-Finanzgruppe und KfW getragene True Sale Initiative will das in

¹⁰ Bezieht auch Unternehmen mit einem Kreditvolumen von weniger als 1 Mio. € mit ein.

¹¹ Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist auf einen Jahreszeitraum bezogen.

Deutschland noch wenig entwickelte Kapitalmarktsegment der True Sale-Verbriefung fördern. Dazu hatten die Bayerische Landesbank, Citigroup, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, DZ BANK, Eurohypo, HSH Nordbank, HVB Group, KfW Bankengruppe, Landesbank Hessen- Thüringen und WestLB AG am 9. Juli 2003 einen Letter of Intent unterzeichnet.

Seit mehr als einem Jahr ist in der Unternehmensfinanzierung eine Revolution im Gange, die gewaltige Veränderungen für den deutschen Mittelstand bringen kann. Alleine über die Verbriefungsplattform PREPS (Preferred Pooled Shares) konnten binnen zwei Jahren 152 Mittelständler 1,2 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufnehmen. Die schweizerische Capital Efficiency Group (CEG) führte das Mezzanine-Produkt, bei dem Genusscheine von Mittelständlern gebündelt, verbrieft und an institutionelle Investoren weitergereicht werden, im vergangenen Jahr ein. Den Vertrieb übernahm die HypoVereinsbank.

7 Asset-Backed Securitisation – die Finanzierungsalternative für den Mittelstand

Die Asset-backed-Securitisation hat ihren Ursprung in den USA. Ihre Entstehung fand bereits Anfang der 70er Jahre mit der Verbriefung von Hypothekendarlehen (MBS) statt. Fast 10 Jahre später kam es zu den ersten Transaktionen, bei denen auch andere *Assets* verbrieft worden sind, wie beispielsweise Kreditkartenforderungen oder auch Unternehmensforderungen. Die erste europäische Transaktion wurde 1985 in Großbritannien durchgeführt. Später wurde von Deutsche Bank die ersten ABS-Transaktionen (Rose) in Deutschland durchgeführt. Zum Wachstum in Deutschland kam zusätzlich, als das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) sein Rundschreiben 4/97 zur Veräußerung von Kundenforderungen im Rahmen von ABS-Transaktionen durch deutsche Kreditinstitute veröffentlichte.

Fortschritte konnten zudem in den Jahren 2000 und 2001 durch den Einsatz der KfW-Verbriefungsplattformen *Provide* und *Promise* erzielt werden. Bei

den Transaktionen, die über diese Plattformen abgewickelt werden, handelt es sich im Gegensatz zu den ursprünglichen *True Sale Verbriefungen* um synthetische Verbriefungsformen, d. h. es erfolgt kein tatsächlicher Verkauf der Forderungen, sondern lediglich eine Übertragung der Ausfallrisiken der in dem Pool enthaltenen Kredite. Vorteile der Verbriefungen sind u.a. die Möglichkeit eines aktiven Kredit-Portfolio Management, Eigenkapitalentlastung sowie Bilanzstrukturierung. Eine True Sale Transaktion hat zudem den Vorteil, dass sich durch den Verkauf die Liquidität verbessert. Insbesondere für Regionalbanken bietet die Verbriefung beste Möglichkeiten, die Klumpenrisiken zu diversifizieren.

Durch die Einführung von Basel II werden jedoch Bedenken angemeldet, dass der deutsche eigenkapitalschwache Mittelstand darunter leiden könnte, da die Kreditvergabe sich noch stärker an die Bonität der Unternehmen richtet. Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma kann die Verbriefung bieten.

Nicht zuletzt durch die neue Fassung von Basel II wird die Kapitalbeschaffung insbesondere für den Mittelstand, welcher durch Eigenkapitalschwäche gekennzeichnet ist und somit eine relativ schlechte Bonität (Rating) aufweist, erschwert. Fremdkapitalgeber machen ihre Kreditentscheidungen verstärkt von dem Risikoprofil des Unternehmens abhängig. Die Höhe der Zinskondition steht nun in einem engem Verhältnis zu den unternehmerischen Risiken, die gewöhnlich durch externe Rating Agenturen beurteilt werden. Wenn eine externe und unabhängige Risikoanalyse (Rating) für ein Unternehmen eine enorme Aufwandsbelastung darstellt, so kann die Bonität von internen Risikomodellen der Hausbank beurteilt werden, was aber i.d.R. eine strengere Überprüfung zur Folge hat. Für den Mittelstand erhöhen diese Risikoanalysekosten oftmals die Fremdkapitalfinanzierung dermaßen, dass sich eine solche gar nicht mehr lohnt.

Bündelung von Interessen

Alternative Finanzierung sind oft mit hohen Renditenforderungen verbunden, so dass sie als Alternativen ausscheiden. Eine Verbesserung der Eigenkapitalquote, finanziert durch den Kapitalmarkt, bietet eine Lösung. Das Pooling der Interessen

von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) ist allerdings eine Voraussetzung für eine derartige Finanzierung, um die Restriktionen des Kapitalmarkts zu überwinden. Seit langem praktiziert wird dies bei dem Pooling von Schuldtiteln einer neuen Anleihe und der anschließenden Verbriefung in Form von Commercial Papers (kurzfristige Kreditprogramme), um KMUs ein Instrument zur Verfügung zu stellen, dass die Eigenkapitalausstattung verbessert.

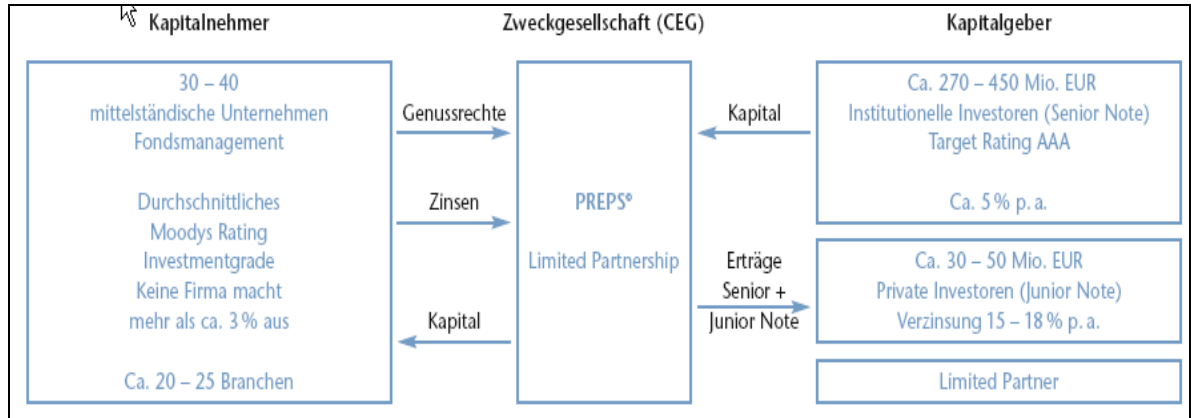
Platzieren von Genussrechten

Eine alternative Finanzierungsform, die eine ähnliche Struktur aufweist, stellt dabei das Platzieren von Genussrechtskapital dar. Die Kostenrestriktion wird durch das Pooling von Interessen vieler KMUs überwunden. Durch die Verbriefung von Genussrechten kann ein Mittelstandsunternehmen aber seine Eigenkapitalquote erheblich steigern, da Genussrechte in der Bilanz Eigenkapitalcharakter haben. Zur Zeit laufen Diskussionen im Zusammenhang mit IAS 39 IFRS, die Genussrechte nicht mehr wie Eigenkapital zu behandeln. Durch eine gestiegene Eigenkapitalquote verbessert sich somit die Bonität, was zur Folge hat, dass die Kosten für Fremdkapitalfinanzierung sinken könnten. Das Ziel dieser Strategie ist es, die Kapitalkosten durch eine günstige Finanzierungsalternative zu senken, schnelle kapitalwertpositive Wachstumsinvestitionen zu ermöglichen, die Aktionärestruktur sowie die Einflussstruktur auf das Unternehmensgeschehen nicht zu verändern.

Die Capital Efficiency Group (CEG) hat mit PREPS© (Preferred Pooled Shares) eine Plattform auf den Markt gebracht, um mittelständische Unternehmen mit Kapital auszustatten und um institutionelle sowie private Investoren zusammenzubringen. Über eine Special Purpose Vehicle (SPV) bekommen KMUs Kapital gegen Genussrechte. Die Genussrechte werden verbrieft und am Kapitalmarkt durch Ausgabe von tranchierten Anleihen refinanziert. Im Gegenzug erhalten die Investoren der Senior Note (institutionelle Anleger) ca. 4–5% p. a. und der Junior Note (Privatanleger) ca. 15–18% p. a. Allerdings ist die Junior Note „subordinated“. Zinsen von ca. 7% p. a. zahlt das mittelständische Unternehmen. Die Laufzeit beträgt momentan 7 Jahre mit einer Verlängerungsoption. Die Abwicklung aller Zahlungsströme sowie die Einhaltung der Qualitätsstandards

werden von der CEG sichergestellt. Diese Strategie ist in beiderseitigem Interesse sowohl für die KMUs als auch für die Anleger, die eine attraktive Rendite erhalten. Diese Finanzierungsform hat in absehbarer Zeit das Potenzial, eine feste Größe in der Bilanzstruktur mittelständischer Unternehmen einzunehmen.

Abbildung 7.1: PREPS® Verbriefungsplattform



Quelle: Capital Efficiency Group (CEG)

8 Zusammenfassung und Fazit

Die Kapitel 2 und 3 haben einen Überblick über das Dreisäulenmodell des deutschen Bankensystems mit all den im Vergleich zu anderen Bankensystemen typischen Eigenheiten wiedergegeben. Der Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung zeigt, dass die deutsche Bankenlandschaft sich mittlerweile aus der jahrzehntelangen Starre zu lösen beginnt. Über eine mögliche anstehende Konsolidierung wird von Zeit zu Zeit immer wieder neu spekuliert. Allerdings hielten sich Fusionen und Übernahmen in Grenzen und fanden vorwiegend in der Gruppe der Großbanken und im Outsourcing von Back-Office-Dienstleistungen statt. Die Impulsmatrix verdeutlicht dringenden Handlungsbedarf seitens des Gesetzgebers, um dadurch der Gestaltung der deutschen Bankenlandschaft durch internationale Entwicklungen vorzugreifen. Trotz der Tatsache eines weiterhin bankbasierten Finanzsystems in Deutschland, haben die deutschen Großunternehmen längst die Möglichkeit ergriffen, sich direkt über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Im Zuge dessen ist zu vermuten, dass der Rückgriff der Großunternehmen auf die Universalbanken als Finanzintermediär in den nächsten Jahren eher abnehmen wird. Die Situation bei den mittelständischen Unternehmen stellt sich hingegen anders dar. Um die kleinen und mittelständischen Unternehmen, bei denen sich ab dem Januar 2007 aufgrund der Eigenkapitalvereinbarungen für Banken die Aufnahme von Kredit erschwert, weiterhin in Finanzierungsfragen zu begleiten, bietet sich der hier in dieser Arbeit unterbreitete Vorschlag einer Verbriefung von Forderungen beispielsweise aus Lieferungen und Leistungen als Lösung an. Die Finanzierung mittelständischer Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren bereits stark verändert, so Norbert Winkeljohann in einem Artikel des Handelsblatts.¹² Zu den Finanzierungsformen in Form von Verbriefungen kommen des weiteren allmählich sogenannte hybride Finanzinstrumente zum Einsatz.

¹² Vgl. dazu den Artikel „Mischformen ergänzen klassische Finanzierungen“ vom 22. Februar 2006

Literaturverzeichnis

Bankenverband, 2004: Banken 2004 - Fakten, Meinungen, Perspektiven.

BayernLB, Geschäftsbericht 2004.

Bofinger, P./ Wolfgang, F./ Rürup, B./ Weder di Mauro, B./ Wiegard, W., 2004: Das deutsche Bankensystem: Befunde und Perspektiven, *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Auszug aus dem Jahresgutachten 2004/2005, Ziffern 351 bis 389

Brunner, A./ Decressin, J./ Hardy, D./ Kudela, B., 2004: Germany's three pillar banking system – cross-country perspectives in Europe, *International Monetary Fund*, Occasional Paper Nr. 233

D'Alessio, Nestor; Oberbeck, Herbert (1995): Strukturveränderungen im Wettbewerb der Finanzdienstleistungsunternehmen. Konzepte zur Reorganisation von Finanzdienstleistungsinstituten, *Hans-Böckler-Stiftung*, Manuskripte 190, S. 13-26.

Deutsche Bundesbank, 2001: Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung, Monatsbericht April 2001.

Deutsche Bundesbank, 2004: Bericht zur Stabilität des deutschen Bankensystems, Monatsbericht Oktober 2004.

Deutsche Bundesbank, 2004: Stresstests bei deutschen Banken Methoden und Ergebnisse, Monatsbericht Oktober 2004.

Deutsche Bundesbank, 2005: Finanzstabilitätsbericht 2005.

Engerer, H./ Schrooten, M., 2004: Untersuchung der Grundlagen und Entwicklungsperspektiven des Bankensektors in Deutschland (Dreisäulensystem), *DIW Berlin* [Juni 2004]

Hessische Landesbank, Geschäftsbericht 2004.

Hildebrandt, S., 1999: Lean Banking als Reorganisationsmuster für deutsche und französische Kreditinstitute? Anmerkungen zur Tragfähigkeit eines leitbildprägenden Managementkonzepts, Diskussionspapier FS I 99 –101, *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung*

Postbank, Geschäftsbericht 2004.

Postbank, Geschäftsbericht 2003.

Shleifer, A./ Vishny, R.W., 1998: The Grabbing Hand: Government Pathologies and Their Cures, *Harvard University Press*

The Bankers, 2005 :The other German struggle [5. Dezember 2005]

West LB, Geschäftsbericht 2004.